

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mkt. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Sprengel & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Willkommen in Hamburg!

Der letzte Verbandstag hat im Jahre 1925 in der großen Seestadt Leipzig getagt. Diesmal in Hamburg kann das Wort „Seestadt“ nicht mehr als Witz gedeutet werden, wie das mancher Delegierte in Leipzig getan hat. Der diesmalige Tagungsort ist wirklich eine Seestadt. Zum zweitenmal beherbergt Hamburg unser Verbandsparlament. Es war der 7. Verbandstag, der vom 7. bis 13. August 1904 in Lätiges Etablissement, Valentinshamp, tagte. Damals wurde die Einführung der Erwerbslosenunterstützung beschlossen, vielleicht bringt der diesmalige Hamburger Verbandstag die Invalidenunterstützung für unsere Mitgliedschaft. Auch die Anstellung von acht Banleitern hat der damalige Hamburger Verbandstag dekretiert, nachdem die seit zwei Jahren amtierenden zwei Banleiter in Köln und Cannstatt den Beweis ihrer Unfähigkeit erbracht hatten. Diese Institution, die sich unterdessen bewährt und verbreitert hat, kann man sich nicht mehr wegdenken.

Am 8. Juli konstituiert sich der 16. ordentliche Verbandstag in Hamburg, diesmal im stattlichen Gewerkschaftshaus, also im eigenen Heim der Hamburger Arbeiterschaft. Schon diese Tatsache beweist die Wandlung der Arbeiterbewegung von 1904 bis 1928, allerdings eine lange Spanne Zeit. Viele von den Delegierten des Jahres 1904 hat der Tod abberufen. Verschiedene, die damals als junge Männer der Tagung bewohnten, treffen aber auch diesmal wieder ein, allerdings im stark vorgeschrittenen Alter.

Auch rein organisatorisch hat sich unterdessen eine Änderung vollzogen. Die Verbände der Glasmacher und Porzellanarbeiter sind seit dem 1. August 1928 innerhalb unseres Verbandes mit unserer Gruppe Grobkeramik zum „Keramischen Bund“ vereinigt. Die Branchen aus der Bund haben bereits am 11. und 12. Juni 1928 ihre Tagungen in Leipzig abgehalten. Zum erstenmal erscheinen Delegierte des Bundes auf der Tagung des Parlamentes der Gesamtorganisation in Hamburg, und wir begrüßen sie als Kampfesgenossen im engeren Verbandrahmen besonders herzlich und bedauern zugleich, daß der seitherige Bundesleiter, der Kollege Georg Wollmann, zum ersten- und letztenmal in dieser Eigenschaft auf dem Verbandstage erscheint. Die drei Organisationen haben durch ihre Vereinigung einen starken Machtzuwachs erhalten, der sich ausdrückt in der Mitgliederzahl und in den Finanzen. Im Bericht an den Verbandstag in Leipzig vor drei Jahren ist für den Schluß des Jahres 1924 ein Mitgliederbestand von 325 700 angegeben. Der Bericht an den Hamburger Verbandstag weist für Ende 1927 wesentlich mehr, nämlich 423 059 Mitglieder auf. Die durch den Zusammenschluß gewonnene Stofkraft hat sich bereits günstig für die Mitgliedschaft ausgewirkt, was im gedruckten Bericht nachzulesen ist.

Ein umfangreiches Arbeitspensum liegt dem Hamburger Verbandstag wieder vor. Nicht weniger als 251 Anträge enthält die gedruckte Vorlage. Die Statutenberaufungskommission findet also reichlich Arbeit, wenn sie daran geht, Spreu und Weizen zu sondern. Die Anträge B 6 bis 11 werden wohl am besten zurückgezogen. Durch den Bericht von der Bundestagung in Leipzig dürfte im Reich bereits zur Genüge bekannt sein, daß sie eine lebhafteste Aussprache verursacht hatten und daß ohne die Zustimmung des Bundes auch der Verbandstag die Sonderfassungen nicht ändern kann. Ebenso liegt es mit den Anträgen, die auf Herausgabe einer einzigen Verbandszeitung abzielen. Verschiedene Anträge wenden sich gegen das „Zwangsschlichtungssystem“. Von Unternehmerseite hören wir gleiche Rufe. Schon diese Tatsache mahnt zur Vorsicht. Wenn man schon sagt, jedes Ding hat zwei Seiten, so kann man in diesem Falle sagen, diese Frage hat mehrere Seiten, nicht nur zwei. Daß das Mitbestimmungsrecht bei Lohnbewegungen, wenn es sich um Laufende von Beteiligten handelt, nur noch repräsentativ ausübt werden kann, müssen auch die Antragsteller des Antrages D 12 einsehen. Anderenfalls würde gar manche Lohnbewegung in einem Chaos enden.

Vierzehn Anträge liegen dem Verbandstag vor, die sich mit der Beitragsregelung befassen. Die meisten dieser Anträge haben zum Ziel, den Organisationskörper noch aktionsfähiger zu machen. Tatsächlich ist der heute vorhandene Kassen- bzw. Vermögensbestand im Verhältnis zu unserer Mitgliederzahl viel zu gering. Es gibt immer noch Mitglieder und Zahlstellen, die es für prinzipiell richtig halten, der Hauptkasse möglichst wenig und wenn es ginge, nichts zu geben, aber recht viel aus ihr herauszuholen. Es ist sehr fraglich, ob jene, die so denken, überhaupt denken.

Eine Einschränkung des seitherigen § 10 des Statuts, der die Ausschreibung von Extrabeiträgen regelt, bedeuten die Anträge G 16 und 18. Dazu liegt aber keine Veranlassung

vor. Daß Vorstand, Ausschuß und Beirat nicht ohne zwingende Notwendigkeit von dem ihnen durch § 10 gegebenen Recht Gebrauch machen, ist durch die Praxis bewiesen. Sie werden ihn ganz bestimmt nur anwenden, wenn das „Recht“ zur Pflicht wird. Lassen wir es also bei der seitherigen Bestimmung.



Gewerkschaftshaus Hamburg

Zu ganz unmöglichen und besonders für die Zahlstellen sehr unangenehmen Situationen müßten Beschlüsse führen, entsprechend den Anträgen G 33 und 34. So allgemein wie der Antrag G 33 es fordert, kann die Frage des Ausschlusses bzw. der Wiederaufnahme nicht geregelt werden. Fast jeder Fall weist besondere Details auf, die berücksichtigt werden müssen. Herkunft (Gebietsteil), Alter, Familienverhältnisse, Existenzbedingungen, soziale Umgebung und vieles andere sind bei Ausschluß oder Wiederaufnahme zu beachten. Der Antrag G 34 würde schweren Konfliktstoff in manche Zahlstelle tragen. Die letzte Entscheidung muß immer bei den höchsten Verbandsinstanzen liegen. Der in unserem Verbands vorgeschriebene Instanzenweg bei Beschwerden gegen Ausschüsse gewährt größte Sicherheit gegen Unrecht. Ohne jemand zu nahe treten zu wollen, kann man wohl sagen, daß örtliche oder bis zu einem gewissen Grade auch bezirkliche Instanzen nicht die gleiche Gewähr für dieselbe Objektivität geben können wie die Zentralinstanzen, weil sie meistens den Dingen zu nahe stehen.

Der Antrag H 1 zu § 15 schießt weit über das Zulässige hinaus. Es ist zu beachten, daß die Schuld an zu niedriger Beitragsleistung auch bei der Zahlstellenleistung liegen kann. Der Antrag H 10 verlangt etwas, das bei der heutigen Beitragshöhe einfach unmöglich ist. Der Antrag H 37 legt voraus, der Verband sei in der Lage, den Mitgliedern Arbeit zu verschaffen. Das ist im allgemeinen leider nicht der Fall, kann also auch nicht Voraussetzung für die Bezugsbauer der Gemahregelungenunterstützung sein. Die Anträge H 44, 45 und 46 würden bei ihrer Annahme allen möglichen Extrafanzen Vorstoß leisten unter Ausschaltung der Zentralinstanz. Eine heillose Zerfahrenheit müßte die Folge sein.

Großes Vertrauen zur Sowjetunion ist in Wismar vorhanden, wie der Antrag L 11 beweist. Die Wismarer Mitglieder glauben, eine Kommission aus unserem Verbands-

würde die Einreisefreilaubnis nach Rußland erhalten, wenn sie selbständig reisen und mit einem eigenen Dolmetscher versehen wäre. Der Versuch kann unterbleiben. Zudem sagen die amtlichen Nachweisungen der Sowjetunion ziemlich unverblümt, wie es dort aussieht. Hätten wir in Rußland eine Bruderorganisation, zu der wir Vertrauen haben könnten, dann ließe sich über den Antrag Wismar reden. Aber der Leiter des russischen Verbandes der Chemie-, Papier-, Glas-, Zuckerarbeiter usw., der edle Herr Dobrawolski, will in den deutschen freien Fabrikarbeiterverband Sprengpulver werfen. Nachzulesen ist diese Tatsache im „Proletarier“ Nr. 2 vom 14. Januar 1928.

Ein wesentlicher Beratungsgegenstand ist diesmal der Punkt 4 der Tagesordnung: „Einführung einer Invalidenunterstützung.“ Andere Organisationen sind hierin längst vorangegangen. Am frühesten dürfte dieser Unterstützungs-zweig beim Buchdruckerverband zur Einführung gekommen sein. Die Invalidenunterstützung ist in erster Linie geeignet, die Mitgliederfluktuation einzudämmen. Im allgemeinen fügen sich die von der Statutenberaufungskommission vorgelegten Anträge den Vorschlägen an, die von der vom WVB. eingesetzten Reformkommission den Verbänden unterbreitet worden sind, und die zum Ziele haben, die allmähliche Vereinheitlichung des Beitrags- und Unterstützungs-wesens. Damit befinden wir uns entsprechend dem Antrag L 2 und entsprechend den Ausführungen des Kollegen Ahrens in der Nr. 22 des „Proletariers“ auf dem Wege zur Einheitsorganisation. Der Kollege Adler, der Mitglied der Reformkommission ist, und die Vorarbeiten für die Invalidenversicherung gemacht hat, ist ja auch als Referent für diesen Punkt bestimmt. Neben der Berichterstattung der Vorstandsmitglieder und des Ausschußvorsitzenden, die schon erhebliche Zeit beansprucht, stehen noch verschiedene Referate auf der Tagesordnung. Der Kollege Parfisch wird ein Gesamtbild geben von unserem Kampfgebiet und Kampfergebnis. Es dürfte dem Verbandstag nicht schwer sein, festzustellen, ob der Fabrikarbeiterverband eine Kampforganisation ist. Nur Bosheit wird das Gegenteil behaupten können. Der Kollege Thiemig wird in großen Umrißen die Aufgaben des nächsten Gewerkschaftskongresses skizzieren und wo nötig, die erforderliche Stellungnahme unseres Verbandes darlegen. Aber Bildungsbestrebungen referiert der Kollege Schmidt, der in unserem Verbands Referent für die Abteilung Schule und Bildungsweesen ist. Der Kollege Segerer spricht über die Jugendfrage, die seinem Aufgabenkreis gehört. Eines der wichtigsten Gebiete, das Arbeitsrecht in Entwicklung und Rechtsprechung, behandelt der in jahrelanger Praxis stehende Kollege Schmidt. In Fragen des Arbeiterrechts kann uns Schmidt selbstverständlich mehr geben als der Jurist. Er schöpft aus seiner unerschöpflichen Fülle praktischer Erfahrung.

Sämtliche Tagesordnungspunkte verfolgen den Zweck, unsere Organisation auszubauen, weiterzuentwickeln, sie zu festigen und zu stählen. Es gilt Rückschau zu halten, in kameradschaftlicher Weise auf Fehler und Mängel hinzuweisen und für Abhilfe zu sorgen. Wir wollen unsere Waffen und unsere Kampfkraft prüfen und nach Abschätzung der Stärke des Gegners die unzulänglichen Rüstungen verbessern, vollkommener machen. Die Entwicklung technischer Art hat neue Produktionsformen gebracht, hat den menschlichen Geist umgebildet. Finanzielle, kommerzielle und betriebsorganisatorische Neuerungen sind das Ergebnis. Gewaltige Truste und Kapitalkonzentrationen formen sich immer noch weiter. Soziales Denken ist unvereinbar mit Privatkapitalismus. Riesenausperrungen haben wir bereits gesehen, bei denen auch die kleinen Kinder dem Konzentrationslager der Aushungerung nicht entrinnen können. Der Kampf zwischen Not und Wohl in geht um den Ertrag der Arbeit, um die Schätze der Erde, die der Gesamtheit gehören sollen. In diesem Kampf stehen wir in der Front der Bestäubten.

Der Verbandstag wird Ausschau halten, wie er seinen Mitgliedern mit den geringsten persönlichen Opfern den größtmöglichen Anteil am Arbeitsertrag verschaffen kann. Sei bald vier Jahrzehnten hat er kampfgewohnt und kampfgewandt sich in diesem Sinne betätigt.

Der Verbandstag findet reichlich Beratungsstoff vor, den er aber ungestört durch weisensfremde Einflüsse in sachlicher Beratung bewältigen wird, so daß noch Zeit übrigbleiben dürfte, die Sehenswürdigkeiten Hamburgs nicht ganz außer acht zu lassen. Möge der 16. Verbandstag im Interesse der Gesamtorganisation gute Arbeit leisten. In diesem Sinne

Willkommen in Hamburg!

Die Entwicklung der Hamburger Zahlstelle.

Hamburg hat zum zweitenmal die Ehre, den Verbandstag zu betreuen. Da geziemt es sich, einen kurzen geschichtlichen Überblick über die Entstehung und Entwicklung unserer Organisation in Hamburg zu geben.

Bereits im Jahre 1886 ergingen an die Fabrikarbeiter Aufrufe, sich zu organisieren. Einen Erfolg hatten diese Aufrufe noch nicht. 1887 wurden von den Fabrikarbeitern allgemeine Klagen über Lohnreduktionen erhoben. In der Gießfeldschen Guanofabrik gingen 3. W. die Löhne in kurzer Zeit in folgender Abstufung zurück: von 3,60 Mk. auf 3,30 Mk., dann auf 3 Mk. und schließlich auf 2,50 Mk. Trotzdem trafen die Fabrikarbeiter keinerlei Anstalten, sich zu organisieren. Erst Ende des Jahres 1889 rief man in Barmbeck einen Fabrikarbeiterverein ins Leben, der im Jahre 1890 circa 523 Mitglieder umfaßte. Die in den Destillationen und Spritfabriken beschäftigten Arbeiter gründeten am 30. März 1890 eine Vereinigung zum Schutze ihrer Lebenshaltung. Auch hier wurde geklagt, daß die Löhne sich zwischen 2,50 und 3 Mk. pro Tag bewegten bei einer 11- bis 18stündigen Arbeitszeit. Durch einen unglücklichen Streik und das brutale Vorgehen des Unternehmertums in dieser Branche ging diese Organisation bald zugrunde.

Weiter errichteten die Gasarbeiter in Barmbeck eine Organisation, die ebenfalls unterdrückt wurde. Dann entstand im Jahre 1890 eine Vereinigung der in Fleischerereien und Plättereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die als Vorläuferin unserer Zahlstelle mit zu betrachten ist und die später in unserer Organisation aufging.

An der Gründungsversammlung unserer Zentralorganisation, die vom 29. Juni bis 2. Juli 1890 in Hannover tagte, nahmen auch Vertreter dieser Hamburger Lokalorganisationen teil, u. a. unser verstorbener Kollege C. Wogt.

Über die Gründung, besonders über den Anschluß an diese Zentralorganisation, herrschten in den Kreisen der lokal organisierten Arbeiter verschiedene Meinungen, u. a. wurde der Einwand erhoben, daß Arbeiterinnen in den neuen Verband nicht aufgenommen werden sollten. Diese Bedenken wurden jedoch bald überwunden. In den nachfolgenden Jahren gelang es durch rege agitatorische Arbeit, nicht allein im Städtegebiet Hamburg für die Zentralorganisation Zahlstellen zu errichten, sondern auch außerhalb Hamburgs, in Altona, Stellingen, Wandsbek, Wilhelmsburg usw. Diese Zahlstellen nahmen, nachdem der Verbandstag zu Braunschweig den Beschluß gefaßt hatte, auch Arbeiterinnen aufzunehmen, einen erfreulichen Aufschwung, der jedoch durch die im August 1892 ausbrechende Cholera-Epidemie empfindlich gestört wurde. Alle Versammlungen waren verboten, so daß eine rege Agitation nicht entfaltet werden konnte. Auch die Beitragskassierung geriet dabei ins Stocken, da die Mitglieder der Zahllokale nicht auffischen. Der 1. Bevollmächtigte der Zahlstelle Hamburg, der Kollege Reinecke, welcher sich wegen seines aufrechten Charakters einer außerordentlichen Beliebtheit erfreute, wurde neben anderen Kollegen ein Opfer der Seuche. Inzwischen hatte sich eine Anzahl Mitarbeiter und Berater zur Verfügung gestellt, denen es gelang, die durch die Cholera-Epidemie entstandenen Lücken in der Mitgliedschaft wieder auszufüllen. Ende 1895 bestanden im hamburgischen Städtegebiet bereits 7 Zahlstellen mit circa 2500 Mitgliedern. Ein Zusammenarbeiten der Zahlstellen war aber so gut wie ausgeschlossen. Die Verwaltungen erblickten ihre Hauptaufgabe darin, das Gebiet der einzelnen Zahlstellen möglichst scharf abzugrenzen und mit Argusaugen zu überwachen. Der Streik der Kaffeeverleererinnen im Jahre 1896 sowie der im gleichen Jahre in Behrensfeld ausgebrochene Streik der Margarinearbeiter bei der Firma A. L. Mohr, wodurch auch die Hamburger Zahlstellen in Mitleidenschaft gezogen wurden, und die zunehmende Zahl der Lohnforderungen ließen bei einzelnen Zahlstellenverwaltungen die Einsicht für die Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Zusammenarbeitens aus. In einer Konferenz beschäftigten sich zunächst die Zahlstellenleiter Hamburgs eingehend mit dieser Frage. Zu einer Verschmelzung kam es jedoch nicht, vielmehr wurden in den Stadtteilen St. Georg und Altona neue Zahlstellen errichtet und damit eine weitere Zersplitterung der Kräfte erreicht. Jedoch wurde der Beschluß gefaßt, daß die Bevollmächtigten sich in bestimmten Zwischenräumen zu Konferenzen zusammenfinden sollten, aus denen sich später die sogenannten kombinierten Vorstandssitzungen entwickelten. Jede Zahlstelle hatte das Recht, zu diesen Sitzungen drei Delegierte zu entsenden. Aus der Mitte dieser Sitzung wurde eine sechsgliedrige Kommission gewählt. Ihr fiel die Aufgabe zu, die Agitation möglichst einheitlich zu gestalten, vor allem aber Lohnbewegungen und Differenzen, die immer häufiger einsetzten, in richtige Bahnen zu lenken. Als Vorsitzender dieser Kommission wurde der Kollege F. Borger bestellt. An diesen Zusammenkünften beteiligten sich auch später die Zahlstellen Altona, Stellingen, Schiffbek und Wandsbek. Ein im Jahre 1901 von einer Kommission ausgearbeitetes Statut zur Verschmelzung sämtlicher Zahlstellen von Hamburg und Umgebung wurde trotz der sich immer mehr häufenden Verwaltungen in den Zahlstellen abgelehnt. Erst nach dem der Verbandstag 1904 in Hamburg beschlossen hatte, daß sämtliche Zahlstellen in einem Gemeinwesen zu vereinen seien, beschloß am 30. Oktober 1904 eine kombinierte Mitgliederversammlung die Verschmelzung der Hamburger Zahlstellen und die Anstellung von zwei Beamten. Dadurch wurden die zersplitterten Kräfte zur einheitlichen Kräfteentfaltung gebracht, und die Verbandsgeschäfte konnten durch die angehenden Kollegen besser wahrgenommen werden.

Durch die im Laufe des Jahres 1905 erfolgte weitere Anstellung von fünf bezahlten Hauskassierern erhielt das unbehaltbar gewordene Kassierewesen eine bedeutende Verbesserung, was im besonderen in der Zahl der verkauften Marken zum Ausdruck kam. Der im Jahre 1906 in Leipzig tagende Verbandstag erweiterte den Beschluß des Hamburger Verbandstages dahin, alle Zahlstellen in einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet innerhalb eines Umkreises von 15 Kilometer zusammenzufassen. Hier vereinigten sich die Zahlstellen Langenfelde-Stellingen und um die Jahreswende 1906/1907 die Zahlstellen Billwärder, Wandsbek

und Wilhelmsburg mit Hamburg. Die Zahlstellen Altona und Schiffbek wurden erst im Jahre 1908 durch erneuten Beschluß des Münchener Verbandstages zum Anschluß gezwungen.

Durch den Anschluß der genannten Zahlstellen und einer Reihe kleinerer Ortsgruppen hatte sich das Tätigkeitsgebiet der Zahlstelle erheblich vergrößert. Um aber der Zahlstelle in ihrem neuen Wirkungskreis die nötige Festigkeit zu geben, wurde das im Jahre 1907 bereits umgebaute Ortsregulativ einer nochmaligen Korrektur unterzogen und Bestimmungen aufgenommen, nach denen die Distrikts-, Branchen- und Sektionsleitungen zu arbeiten haben. Weiter wurden aufgenommen die Bestimmungen für die erweiterten Ortsverwaltungsleitungen, an denen neben der Ortsverwaltung die Hilfskassierer, Distrikts- und Branchenleiter teilzunehmen haben. Außerdem wurde das Verteilungssystem zur Generalsammlung eingeführt. Die Durchführung der Bildung von Branchen und Sektionen innerhalb der Zahlstelle wurde von der Mitgliedschaft lebhaft begrüßt. Bereits im Jahre 1910 waren in den Hauptkassenstrategruppen diese Einrichtungen durchgeführt.

Der Wert dieser Einrichtung und die Mitarbeit der Mitgliedschaft kam in der Steigerung der Mitgliederzahl zum Ausdruck. Am Schlusse des Jahres 1910 waren 10 210 Mitglieder vorhanden. Diese Zahl steigerte sich bis Ende 1913 auf 11 023, darunter 2006 weibliche Mitglieder. Infolge der wirtschaftlichen Depression, die im Jahre 1913 mit aller Wucht einsetzte, sank die Mitgliederzahl Ende 1913 auf 10 298 und ging am Schlusse des 2. Quartals 1914 auf 8388 zurück.

Die damals in der Agitation tätigen und mit der Erledigung der Lohnbewegungen betrauten Kollegen Hegemann, Lüfke und Wogt legten insbesondere Gewicht auf die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. In der Frage der Arbeitszeit, Bezahlung der Überarbeit sowie der Urlaubsfrage wurden beachtliche Erfolge erreicht. Im Jahre 1913 konnte zum Beispiel für 1355 Beteiligte eine wesentliche Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde bis 6 Stunden und ein Erhöhung des Wochenverdienstes von 58 Pf. bis 3 Mk. für 2083 Mitglieder erreicht werden. Bei 6 Firmen mit 1100 Beschäftigten gelangte Urlaub zur Einführung von 3 bis 6 Tagen. Am Schlusse des Jahres 1913 bestanden 44 Firmentarife und 1 Ortsstarif für insgesamt 3422 Mitglieder. Außer diesen durch Verhandlungen erreichten Erfolgen lösten der Widerstand und das Bestreben der Unternehmer innerhalb unseres Agitationsgebietes, die Aufwärtsentwicklung des Fabrikarbeiterverbandes zu verhindern, hartnäckige Kämpfe aus. Eine Reihe dieser Kämpfe konnte für die Mitgliedschaft siegreich beendet werden. Die Unternehmer haben den Fabrikarbeiterverband als jähden Gegner kennengelernt, der für die wirtschaftliche Besserstellung seiner Mitglieder zu kämpfen verstand.

Der Krieg rief große Lücken in den mit uns aufgebauten Organisationskörper. Die Zahlstellenleitung mußte zunächst ihr Hauptaugenmerk auf die Sicherung und Erhaltung der bis zum Kriegsausbruch errungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders der Tarifverträge, legen, fanden sich doch in dieser Zeit auch Arbeitgeber, die es mit ihrem Patriotismus vereinbaren konnten, die große Arbeitslosigkeit zum Lohnruck auszunutzen. Allerdings hat die nach Ausbruch des Krieges bei einem Teil der Mitgliedschaft einsetzende Mut- und Interesselosigkeit den Bestrebungen dieser Arbeitgeber Vorwand geleistet. Mit der Mitgliederbewegung sah es in den ersten Kriegsmonaten böse aus. Trotz eindringlichster Ermahnungen in Wort und Schrift wurde ein bedauerlich großer Bruchteil der nicht eingezogenen Mitglieder jahresfristlich. Die teilweise und gänzliche Stilllegung einer großen Zahl zum Teil namhafter Betriebe hatte einen erheblichen Teil der Mitgliedschaft vollständig hofflos gemacht. Hinzu kam die Schwächung des Verbandsmännerkörpers im gesamten Organisationsbetrieb. Einen Erlas der kaiserlichen und zuverlässigen zum Kriegsdienst eingezogenen Vertriebsmänner und Delegierten zu finden, war vielfach nicht möglich.

Die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes im Jahre 1916/17 machte der trotz Tenenzunlagenbewegungen herrschenden Stagnation in den Vertrieben ein Ende. Der Widerstand der Unternehmer gegen dieses Gesetz, die Anstrengungen der Selben und ihrer Hilfsmänner in die neu zu wählenden Arbeiter- und sonstigen Ausschüsse hineinzukommen, rüttelte die Mitgliedschaft wach. Das Interesse für den Verband regte sich wieder und die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Jahres 1917 an zu steigen.

Nach dem militärischen Zusammenbruch an der Westfront und der politischen Umwälzung im November 1918 strömten die Arbeiter und Arbeiterinnen in großen Massen in den Verband. Die Stellungnahme der Unternehmer paßte sich der Situation an. Eine Reihe wichtiger örtlicher und bezirklicher Tarife konnten mit Firmen zum Abschluß gebracht werden, die sich in der Vorkriegszeit mit aller Macht gegen die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Betrieben gewandt hatten. In der Nachkriegszeit konnte bis zum Oktober 1923 die Mitgliedschaft auf über 20 000 gesteigert werden.

Die Inflation und die von den Kommunisten verfolgte „Mit-und-rans-aus-den-Kartoffeln“-Politik im Oktober 1923 verursachte einen gewaltigen Rückschlag im Stand der Mitgliedschaft. Zwei in jener Zeit unter kommunistischen Parolen geführte Streiks in der chemischen und in der Seifenindustrie, die nach einigen Tagen ergebnislos abgebrochen werden mußten, taten ein übriges, um die Mitgliederflucht zu beschleunigen. 360 der besten Kollegen wurden nicht wieder eingestellt. Den größten Tiefstand der Mitgliederzahl nach dem Kriege erreichte die Zahlstelle im Jahre 1925 mit 9207 Mitgliedern. Heute sind die Wunden der Inflationszeit zum Teil überwunden. Die Mitgliederzahl befindet sich zur Zeit in einem ständigen Aufstiege. Gegenwärtig hat die Zahlstelle wieder 10 700 Mitglieder zu verzeichnen und damit innerhalb des Gesamtverbandes, wie in Friedenszeiten, die größte Mitgliedschaft aufzuweisen. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß während der Kriegs- und Inflationszeit mehr denn 1000 Mitglieder zu anderen Organisationen abgewandert sind. Durch den Anschluß der Zahlstelle Wedel im Jahre 1923, der Zahlstelle Bergedorf im Jahre 1925 sowie durch die Verschmelzung des Glöcknerverbandes wurden der Zahlstelle insgesamt 1634 Mitglieder zugeführt. Auch finanziell hat die Zahlstelle trotz des großen Mitgliederverlustes nach der Inflationszeit sich außerordentlich günstig entwickelt.

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Hamburg begrüßt freudig den Verbandstag und sieht mit Interesse seinen Verhandlungen entgegen. Mögen seine Beschlüsse der Weiterentwicklung der Zahlstelle und dem Gesamtverbande dienlich sein. W o g t.

Etwas über die Kunst des Lesens.

In Heft 1 der „Gesellschaft“, 1. Jahrgang, spricht Dr. Silberding die für das aufsteigende Proletariat so fundamentale Erkenntnis aus: „Das notwendige Korrelat der politischen Demokratie, Bedingung und Erfolgsbürgschaft des Gebrauches und Besitzes politischer Macht, ist die Erhebung der Bildung, des Wissens, der Kultur, über die die Gesellschaft verfügt.“

1 Korrelat = Begeißt der zu einem anderen im logischen Beziehung steht.

Wir befinden uns in dem Stadium, den Kampf um die Gleichheit der Bildungsmöglichkeit immer noch führen zu müssen. Ein großes Schlaglicht hierauf wirft die Tatsache, daß von der Gesamtzahl der Studierenden in Deutschland nur etwa 1 Prozent, von der weiblichen Studenten gar nur 0,71 Prozent an Universitäten teilnehmen. So ist es bittere Notwendigkeit und heiligste Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, sich ein möglichst großes Maß an Wissen und Bildung anzueignen durch — Selbststudium! Die Erhebung der Bildung, des Wissens, der Kultur auf dem Wege der Selbstbildung erfordert aber gebieterisch eine gewisse Disziplin und Kunstfertigkeit im Lesen selbst.

Viele Wissensdürstige verfallen dem Irrtum, daß man, um möglichst „gebildet“ zu werden, „Massenlektüre“ treiben müsse. Nicht auf das „Weniger“ kommt es an, sondern auf das „Wie“, mit anderen Worten: es gibt eine Methode, die bei der Lektüre, soll sie von wahren Nutzen sein, befolgt werden muß. Man kann allerlei nützliche Kenntnisse entbehren und doch als innerlich hochgebildet anerkannt werden, ebenso wie ungelehrt bei einem großen Wissensschatz nur zu häufig geistige Gleichheit oder innerliche Koeheit fortbesteht. Also nicht auf den äußeren Umfang, sondern auf die innere Verwertung des Wissens kommt es an. Jeder gute, gelesene Satz muß in uns fruchtbar werden.

Wie aber sollen wir lesen, wenn die Lektüre uns wirklich fördern soll?

Hauptvoraussetzung ist hierbei, daß man einen bestimmten Zweck beim Lesen verfolgt, und nicht nur liest, um zu lesen. Immer sei die erste und oberste Frage bei der Auswahl wie auch beim Lesen die: Geht das, was ich lese, mich innerlich an, wirft es ein Licht auf das, was ich suche, hilft es mir, meine Urteilskraft zu stärken? Es ist natürlich ein großer Unterschied, ob ich ein Buch zum Vergnügen lese oder aus besonderem Interesse. Im letzteren Falle suche ich mir vor allem das heraus, was meinem Zweck dient, lese das gründlich und lasse das andere Nebensache sein.

Für den dankenden Leser (es gibt auch nichtdankende) wird es nützlich sein, zu wissen, wie überhaupt Bücher, die einen bestimmten Zweck verfolgen, geschrieben werden. Wissenschaftliche Bücher werden meist nach einem bestimmten Plan geschrieben. Hierbei kommen drei Methoden in Frage. Die erste nennen wir die synthetische; sie besteht darin, daß allmählich aufgebaut und der Leser bis zu dem Punkte geleitet wird, wohin ihn der Schriftsteller haben will. Die zweite Methode, die analytische, fängt dagegen bei diesem Punkte an und führt dann zurück. Um einen Vergleich zu wählen: der Verfasser des Buches beginnt an der Mündung des Flusses und geht zurück bis zur Quelle. Die dritte Methode endlich ist die sokratische. Man beginnt mit den allgemeinen Prinzipien, legt diese fest und wendet sie dann auf den bestimmten Gegenstand an, um daraus die Folgerungen zu ziehen.

Bei aufmerksamem Studium eines Buches wird man die angewandte Methode bald erkennen und dann dem Gedankengang um so eher folgen können. Der Leser muß vor allem die Leitmotive und leitenden Gedanken des Werkes zu erkennen suchen und die weniger wichtigen um diese gruppieren. Der Zweck des Lesens besteht nicht darin, daß wir einzelne Tatsachen festhalten, sondern immer muß vor unserem geistigen Auge die Frage schweben: Was will der Schriftsteller darlegen und beweisen, bzw. in welchen Gesamtzusammenhang stellt er die erörterten Probleme? Das Buch darf nicht uns beherrschen, sondern wir müssen es beherrschen!

Ein Grundfehler beim Lesen ist der, Vorworte, Vorreden und Einleitungen als überflüssigen Ballast zu bewerten und ungelesen zu lassen, denn sie werden, zumal bei lehrreichen Büchern, nicht unmotiviert geschrieben. Diese allerersten Buchseiten enthalten meistens wichtige Informationen, Hinweise und nicht selten grundsätzliche Darlegungen, die zu lesen für das tiefere Verstehen des Buches unumgänglich sind. Wer beispielsweise die Einleitung von Prof. Cunow's neuem Werk: „Allgemeine Wirtschaftsgeschichte“, nicht liest, in der der Autor die Grundzüge und Grundanschauungen, von denen er bei der Abfassung ausging, darlegt, wird dem glänzend geschriebenen Werk mit völlig ungenügendem Verständnis gegenübersehen.

Sehr nützlich wird es sein, wenn der Leser sich ein gutes Notizbuch zulegt und darin nach beendeter Lektüre den Hauptinhalt des Gelesenen in kurzer Zusammenfassung sich notiert. Der Gewinn aus diesem Verfahren ist reich. Ein solches Notizbuch wird im Laufe der Zeit eine wahre Schatzkammer. So ist es jederzeit leicht möglich, sich den Hauptgedankengang und die Tendenz eines Werkes ins Gedächtnis zurückzurufen. Solche Lesefrüchte können immer wieder genutzt werden. Auch lernt man, in wenigen Worten sich auszudrücken, ebenso wird der Verstand und die Auffassungsgabe dadurch geschärft, unsere Urteilskraft gestählt und verfeinert. Wir gewöhnen uns daran, gleichsam die Gedanken zu sortieren, legen Fächer in unserem Geiste an und bringen die notwendige Ordnung in die gesammelten Kenntnisse und Erkenntnisse. Wer überhaupt nach einer bestimmten Methode liest und dabei die Absicht hat, das Gelesene prägnant zusammenzufassen, liest von vornherein mit ganz anderem Interesse und bringt eine größere Ernte in die Scheuer als der, welcher sich nur vorübergehend von einem Buche fesseln läßt.

Einen besonderen Stein des Anstoßes für viele Leser bilden die Fremd- und Fachausdrücke. Versteht ein Leser die unterlaufenden Fremdwörter nicht, so muß ihm notwendigerweise der Sinn des Lesestoffes dunkel bleiben, und damit schwindet das Interesse an dem. In dieser Hinsicht scheitern viele. Es sei darum hierbei auf einige kleinere Hilfsmittel hingewiesen, die, wenn auch nicht absolut, so aber doch im wesentlichen das Hindernis beseitigen. Dem philosophisch Interessierten sei Prof. Dr. H. Schmidt, philosophisches Wörterbuch, empfohlen; dem Zeitungsleser und Politiker: Dr. Braun, Zeitungs Fremdwörter, und Dr. E. H. Feuch, Politik. Ein recht brauchbares Werkchen ist auch das A. Boneck'sche „Fremdwörterbuch“. Auf Wilhelm Liebknecht's treffliches „Volksfremdwörterbuch“ sei noch besonders aufmerksam

2 Sofern es erst abgeschlossen vorliegt.

gemacht. Sämtliche Bücher sind in den Volksbuchhandlungen zu haben.

Non multa sed multum, nicht vielerlei, sondern viel, sagt ein lateinisches Wort. Mit dieser goldenen Regel wollen wir unsere Betrachtung über das Lesen schließen. Es ist besser und fruchtbringender, einige Werke systematisch gelesen zu haben, als eine große Anzahl Bücher hastig zu verschlingen, deren Inhalt dann doch nicht dauernder Besitz wird.

S. M. u. G.

Frauenfragen.

Verbandsrat und gewerkschaftliche Frauenfrage.

Was ist uns Frauenaufgabe? Was Männeraufgabe? Was gilt? — Sicher muß die Frau ihren Befreiungskampf führen, und der Kollege muß wissen, daß er auch seinen Befreiungskampf kämpft, wenn er für den Sonderchutz und die höhere Entlohnung der Frau eintritt. Dazu zwingt übrigens schon die gerechte Anerkennung des Wertes der Arbeitsleistung der Arbeiterin in der Warenproduktion. Bleibt es bei der leider üblichen Einschätzung des Wertes der Frauenarbeit, dann wird künftig infolge der Lohn Differenz die Frauenerwerbsarbeit in noch höherem Maße als jetzt (so hindrücken) Arbeit sein. Ebenso sicher ist auch, daß ein Verbot oder eine Einschränkung der Frauenarbeit soviel Kräfte zum Widerstand auslösen würde, daß der Gewerkschaftskampf dadurch schwer geschädigt würde. Die Frau soll aber Kampfkamerad werden, und deshalb bedarf es der entsprechenden kollegialen Unterstützung und vor allen Dingen auch der persönlichen Achtung seitens der Kollegen. Die Frau ist Schicksals- und Lebensgenossin des Mannes. Wenn sie „ins Haus“ gehören soll, müssen auch die Möglichkeiten dazu erkämpft werden können. Alle Bestrebungen, die Frauen aus der Berufsarbeit auszuschalten, stehen übrigens im Widerspruch zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Jedenfalls ist hier das wachsende Streben der Frau nach wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit schon angesichts der niedrigen Arbeitslöhne zu begrüßen. Um aber der Frau in ihrem Kampf um den Arbeitsplatz Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, gilt es, das Recht der Frau im Wirtschaftsleben zu klären.

Die Zunahme der erwerbstätigen Frauen in Deutschland von rund 8 1/2 Millionen im Jahre 1907 auf 11 1/2 Millionen im Jahre 1925 läßt die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit unschwer erkennen. In den wichtigen Industriezweigen unseres Organisationsbereiches, z. B. Chemie-, Papier-, Gummi-, Nahrungsmittel-, Glas- und Porzellanbetrieben, ist die Frauenarbeit auch erheblich gestiegen. Oftmals recht mangelhafter Schutz der Arbeiterin gegen Berufsgefahren zwingt zur Schaffung günstigerer Arbeitsbedingungen für Frauen. Die erforderliche Kraft liegt in der Hauptsache aber bei der gewerkschaftlichen Organisation. Damit ist das Organisationsproblem auch für die Frau gegeben. Sie für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen und zu begeistern, muß die Tagesparole sein. Wollen wir vorwärts schreiten, muß Hand in Hand mit der Agitation auch die Stärkung des Einflusses der Frauen in ihren Organisationen angestrebt und praktisch gezeigt werden. Gerade die Schwierigkeiten, die zur Stärkung und Weckung der Fraueninitiative zu überwinden sind, bedürfen der Heranziehung weiblicher Funktionäre. Deshalb ist es zu begrüßen, daß größere Gewerkschaften dazu übergegangen sind, Arbeiterinnensekretariate zu schaffen, um besonders die Agitation fruchtbringender zu gestalten. Die Notwendigkeit solcher gewerkschaftlicher Einrichtungen wird klar, wenn man bedenkt, daß erst jede fünfte erwerbstätige Frau einer gewerkschaftlichen Organisation angehört.

Die Zahl der organisierten Frauen im Fabrikarbeiterverband kann mit rund 102 000 oder 22,04 Prozent der Mitgliedschaft angegeben auch nicht als befriedigend angesehen

werden. Viel Mühe wird noch verwandt werden müssen, um die Absetzenden zu überzeugen und zu gewinnen. Es gilt immer das Selbstbewußtsein der Arbeiterin, das gestärkt werden muß. Viele Beispiele aus dem öffentlichen Leben beweisen uns Fähigkeiten der Frauen, die mehr als bisher dem Gewerkschaftskampf nutzbar gemacht werden müssen. Unsere Funktionärinnen sollten nicht beschelden zurückgehen, wo es gilt, die Notwendigkeit der Bewegung und der Frauenagitation klarzulegen und die speziellen Arbeiterinneninteressen in Betrieb und Gewerkschaft zu verfesten. Außerordentlich bedauerlich ist die so schwache Beteiligung des Hamburger Verbandstages durch Kolleginnen. Noch nicht einmal die größeren Zahlstellen mit drei oder vier Delegierten

Gestaltung und Lösung der Aufgaben der Verbandschulen wird auch solange ungenügend bleiben, als es nicht gelingt, auch die nötige Anzahl weiblicher Funktionäre heranzubilden und in praktischer Kleinarbeit zu schulen. Kleinarbeit und Schulung müssen einander durchdringen, gehen zusammen. Jeder Betrieb müßte heute zumindest eine mit allen Gewerkschaftsfragen vertraute Funktionärin haben. Und es ist bewiesen, daß dort, wo Kolleginnen in den Betriebsräten als Vertrauenspersonen überhaupt organisatorisch und agitatorisch fungieren, der Einfluß auf die Arbeitskollegen in den meisten Fällen weit günstiger ist als dort, wo man den Zustand gelten läßt, wichtige Frauenaufgaben den Männern allein zu überlassen. Jedenfalls steht fest, daß für den Sieg der Arbeiterklasse nicht zum wenigsten aber auch für den allmählichen Fortschritt derselben, fast alles davon abhängt, ob auch die Frau an den aufstrebenden Arbeiterfragen tätigen Anteil nehmen kann. Daraus ergibt sich von selbst die Pflicht, alle Möglichkeiten der Mitgliederwerbung und zweckbetonten Arbeiterinnenschulung auszuschöpfen. Wohl überlegte und bewußt geförderte Delegationen der Kolleginnen zu Tagungen und Konferenzen im Verbandsleben werden dazu beitragen, das Selbstbewußtsein und die aktive Teilnahme am Gewerkschaftskampf zu heben. Dann wird die Kollegin auch in der Kleinarbeit nicht mehr so leicht verdrängt, weil sie inniger mit der Bewegung verbunden wird: auchlinien für ihre Betätigung findet. Anna Jammert.

Dieses Dröhnen wird sie wecken

Takt, Takt! Auf Takt habt acht!
Das ist mehr als halbe Macht.
Formt aus vielen Vielen Einen,
Hebt den Mut der bangen Kleinen,
läßt das Schwerste leicht erscheinen,
zeigt die Ziele uns, die reinen,
näher, schärfer, ohne Schatten,
als wir auf dem Korn sie hatten.

Takt, Takt! Auf Takt habt acht!
Das ist mehr als halbe Macht.
Nah'n im Takt wir einige Hundert,
ist da keiner, der sich wundert;
nah'n im Takt wir einige Tausend,
wird sein Ohr schon mancher recken;
nah'n im Takt wir Hunderttausend —
ja, dies Dröhnen wird sie wecken!

Björnsterne Björnson.

entfenden eine interessierte Frau, so daß auf 169 Delegierte nur vier Frauen entfallen. Das steht natürlich in gar keinem Verhältnis zu dem großen Aufgabenkreis der Gewerkschaft und der Funktionärin innerhalb der Gewerkschaft. Wir haben sicher Kolleginnen, die als Verbandsratsdelegierte in Betracht kommen könnten. Das möchte ich hier besonders auch den Kollegen vom Keramischen Bund sagen, die ihren Bundestag in Leipzig sogar gänzlich ohne Frauenvertretung abhielten. Hoffentlich darf man Besserung erwarten. Alle wirtschafts-, gesetz- und gewerkschaftspolitischen Fragen sind für die Frau von ebenso großem Interesse wie für den Mann.

Aber auch die Bildungsfragen finden auf dem Verbandstag ihre Erörterung. Und besonders wichtig ist, daß unsere Frauen die Bildungsaufgaben nicht mehr als Privileg der Männer betrachten sollen. Es ist nicht sehr ermutigend, wenn im Jahrbuch 1928 des ADGB die Tabelle über Funktionärschulen z. B. so wenig weibliche Delegierte zu melden vermag. So befanden sich an den drei Hochschulen: Akademie der Arbeit, Wirtschaftsschule Düsseldorf und Berlin unter 338 Delegierten nur sechs Frauen. Etwas besser war die Beteiligung nach Linz (Helmvolkshochschule), wo sich unter 119 Gewerkschaftsdelegierten 45 weibliche befanden. Die Zahl der Frauen an unserer eigenen Verbandsschule in Wennigsen betrug 31 bei elf Kursen mit 365 Teilnehmern. Wollen unsere weiblichen Betriebsratsmitglieder und Vertrauenspersonen den Tagesaufgaben und hohen Anforderungen gewachsen sein, dann müssen sie von den Schulungsmöglichkeiten reichlicher Gebrauch machen. Die zweckmäßige

Jugendbewegung.

Freigewerkschaftliches Jugendtreffen in Hamburg am 1. und 2. September 1928.

Als Auftakt des 13. Kongresses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird sich die gewerkschaftlich organisierte Jugend der nordischen Wasserkante in der Welt Handelsstadt Hamburg ein großes Treffen geben. Aus vielen Teilen des Reiches laufen schon jetzt Anmeldungen ein, so daß in Hamburg eine gemaltige Heerschar jugendlicher Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Aufmarsch halten wird. Die Hamburger Gewerkschaftsjugend ist ob dieser Veranstaltung hoch erfreut und wird mit viel Fleiß und Mühe alle Vorbereitungen treffen und durchführen helfen, den Tausenden auswärtiger junger Gäste einen erlebnisreichen Aufenthalt zu ermöglichen. Dieses Treffen will Zeugnis ablegen von der Begeisterung organisierter Jugend für die Ideale und für den Kampf der Gewerkschaftsbewegung. Entsprechend werden die Veranstellungen in aller Kürze abgemerkt und durch die Wucht der großen Teilnehmerzahl, den Flaggen- und Wimpelschmuck, gemeinsamen Gesang und weithin klingende Musik für alle eine unvergeßliche Erinnerung bleiben.

Wie die Berliner, Frankfurter und Rheinland-Jugend schon heute eifrig für die Hamburgfahrt rüft, so möge überall die Werbestrommel für eine starke Beteiligung nach Hamburg gerührt werden. Abgesehen von dem Fahrgehalt, wofür die übliche Fahrpreisermäßigung in Anspruch genommen werden muß, zahlen die Teilnehmer für ihren Aufenthalt in Hamburg 1,50 Mk. Festbeitrag.

In Gesamtveranstaltungen werden durchgeführt:
Sonntag, 1. September, abends 9 Uhr: Begrüßungsfeier und Fackelzug der Hamburger Gewerkschaftsjugend.
Sonntag, 2. September, 8 Uhr: Großes Wecken. 7 1/2 Uhr: Aufmarsch zu den künstlerischen Morgenfeiern. 10 Uhr: Empfang der Jugendführer durch den Senat. 10 1/2 Uhr: Jugendkundgebung vor dem Rathaus.

Außerdem finden statt: Führungen und Besichtigungen, Hafenrundfahrten und Besuch von Dampfern, Festvorstellungen im Deutschen Schauspielhaus und Hamburger Stadttheater, sportliche Wettkämpfe.

Durch den 11. Bezirk des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hamburg, Befendinderhof 57, 4. Etg., Zimmer 55, werden gegen Übernahme der Transportkosten unentgeltlich Bibliotheken über Hamburg und ein Film „Der Hamburger Nacht“ (Spielauer 1 1/2 Stunde) zur Verfügung gestellt. Anmeldungen dafür zeitig erforderlich.

Alle Kreise, insbesondere die Jugendleiter unserer Gewerkschaftsbewegung, werden gebeten, für eine möglichst weitverbreitete Bekanntgabe dieser Mitteilung Sorge zu tragen und überall die Hamburgfahrttruppe zusammenzustellen.

Groß-Hamburgs Sehenswürdigkeiten.

Hamburg ist eine Stadt des Handels, der Technik und des Verkehrs, aber auch der Kunst und Wissenschaft. Die Stadt liegt im Winkel zwischen Elbe, Alster und Bille. Von dem Worte „Hamma“, die Ede, die jene Landung kennzeichnet, soll angeblich der Name Hammaburg hergeleitet sein. Die damaligen Siedler wollten vor den Angriffen ferneherer Staaten geschützt sein. Trotzdem war die alte Hanse sehr oft fremden Angriffen ausgesetzt, da die „Hammaburg“ einen Vorposten des Christentums gegenüber den umliegenden heidnischen, kriegerischen Nachbarvölkern darstellte. Viele Fremde fanden in Hamburg Asylrecht. Nach der Zerstörung der Hanse in England war der Zugang von Engländern und Belgern stark. Hingegen kamen die Flüchtlinge aus den nordischen Ländern. Hamburg war zur Niederlassung am geeignetsten. Nach dem Religionskrieg war Hamburg das Ziel vieler Holländer, die Hamburg einen gewissen Stempel aufdrückten. Später sollen angeblich bis zu 40 000 Emigranten aus Frankreich gekommen sein. Die Ursache zu deren Flucht war die französische Revolution.

Wenn an der Elbe die Raffinerie der Arbeit herrscht, so an der Alster die Ruhe, das Wohl. Ein Blick von der Lombardsbrücke, sei es an einem schönen Sommertag oder in einer Monatsnacht, wirkt bezaubernd. Wohlgefühlt ist es sich auch auf der Terrasse des Alsterparks zu setzen, wenn man die nächtlichen Motoren dazu in der Ferne hört.

Wohl sollen finden wir inmitten einer Stadt, umrahmt von Allen mit prächtigen Vorgärten und Parkanlagen, eine Kunstanlage, wie sie hier mit der Zeit geschaffen worden ist. Zwei große Seen, Binnen- und Außenwasser, sind charakteristisch für diese Weltstadt. Durch Schleusen und Fleete, die sich wie ein Netz durch die ganze Stadt ziehen, ist die Elbe mit der Alster und Bille verbunden.

Von Opern, Musikhallen, Museen und Kunstgalerien soll weiter nicht die Rede sein, da diese auch in anderen Großstädten zu finden sind, doch sei betont, daß das Kunstleben auf hoher Stufe steht und Namen von gutem Klang aufweist. Auch soll die neue Universität und eine ganze Reihe öffentlicher Gebäude nicht unerwähnt bleiben.

Eine Eigenart bildet die Mönckebergstraße, Kondorhäuser in großem Ausmaß ohne Wohnungen im Gegenatz zu den früheren alten Patrizierhäusern. Architektonisch wirken die Barockpaläste die Levante-, Hanja-, Köppler- und Semperhaus vollendet. Dann das städtische Verwaltungsgebäude von Karstadt (Steinstraße) und das Ballin- und das Chilohaus. Das letztere ist nach dem Grundriß eines Schiffes gebaut. Man vergesse nicht, sich die schwungvolle Linie in der Architektur anzusehen. Aus allen diesen Bauten spricht Selbstbewußtsein, Juwelhaft, Sachlichkeit. Man muß das Treppenhaus des Ballinhauses gesehen haben.

Ein sehr stattlicher Bau ist auch das Hamburger Rathaus. Der Stil ist sehr prunkvoll und originell. Dort ist der Sitz der Republik Hamburg, einer Hochburg der Sozialdemokratie. Diese behauptet sich natürlich auch in fährender Stellung im Rathaus. Hinter dem Rathaus befindet sich die Börse. Man veräume nicht, immer einen Durchblick in die Fleete zu machen, wo das typische All-Hamburg und in traurigen Resten vorhanden ist.

Mit der Stadtbahn, Hoch- und Untergrundbahn, der elektrischen Bahn oder mit dem Auto gelangen wir in einer Viertelstunde, vom Hauptbahnhof gerechnet, nach dem neu angelegten großen Stadtpark mit dem Heinedenkmal. Der Wasserturm bildet den besten Aussichtspunkt über dieses für die gekamte Bevölkerung angelegte Unternehmern, Spielwiese, Sport- und Lärnpflege, gärtnerische Anlagen in vollendeter Form, Kaffeehäuser modernsten Stils bis zur einfachen Milch- und Bananewirtschaft, die prächtige Stadthalle mit dem Wasserföhrweg von der Alster und dem dort befindlichen See bilden das abwechslungsvolle Bild in diesem Gelände.

Daß Hamburg ein Zentrum auch für den Luftverkehr darstellt, beweist sein Flughafen in Fuhlsbüttel. Eine wohl einzig dastehende prächtige Anlage bietet der Friedhof Ohlsdorf.

Die Bahnhöfe sind alle miteinander verbunden. Von jedem Bahnhof kann man bequem den Hauptbahnhof als Zentralpunkt erreichen und von allen Bahnhöfen der Stadt- oder Vorortbahn können die Fernfahrten angetreten werden. In unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Dammtor befindet sich der Botanische und anschließend daran der Zoologische Garten. Im Zoologischen Garten werden viele Ausstellungen abgehalten.

Der weltberühmte Tierpark Karl Hagenbeck in Stellingen befindet sich auf prächtigem Gebiet und gehört zur Stadt Altona. Jeder Fremde sollte Gelegenheit nehmen, sich diesen Tierpark anzusehen. In Hamburg haben auch Volkshochschule und Wissenschaft ihre Stätte. Im Programm für die Delegierten ist ein Besuch vorgesehen.

Viele Fremde haben den Namen St. Pauli gehört. Hier kann jeder nach seiner Passion fest werden; denn Vergnügungs-Clubstimmens reichen sich mit ihren schreienden Reklamen aneinander, und für einen, der es im besonderen kennen gelernt hat, folgen mitunter angenehme oder auch unangenehme Erinnerungen auf. Die Stadt Altona gehört zu der Provinz Schleswig-Holstein und greift unmittelbar mit Hamburg ineinander. Wer es nicht weiß, glaubt, es sei ein Vorort von Hamburg. „All zu nah“, plattdeutsch „All to nah“, später „All to nah von Hamburg“ ist die Bezeichnung der Stadt, des zweitgrößten Fischereihafens Deutschlands. Ein Hauptgeschäft ist der Import von Setzlingen, wie überhaupt Altona aus einem Fischerdorf entstanden ist. Heute zählt die Stadt 228 000 Einwohner. Schweden, Franzosen, Dänen hatten des Tierens die Herrschaft über Altona.

In dem Stadtteil Ottensen liegt der Dichter Klopstock begraben und im Donnerpark steht das Heinedenkmal, welches nach seiner Entfernung aus dem Besitz der Hohenzollern auf Korju nach langem Wandern hier seinen Ruheplatz gefunden hat.

Der Altonaer Hafen kann natürlich dem Wettbewerb mit Hamburg nicht standhalten, trotzdem bedeutungsvolle Anlagen geschaffen worden sind. Der Fischereihafen mit seinen Auktionshallen gibt dem Hafen das besondere Gepräge. Unerwartlich interessant ist es, frühmorgens um die fünfte Stunde die Verfeigerung der Fische der Hochseefischdampfer und Kutter anzusehen, eine lohnende Aufgabe für Frauensucher. In dem Stadtteil Ottensen haben wir eine große Fischindustrie, in der viele weibliche Arbeiterinnen beschäftigt werden.

Ein ausgedehnter Silberkehr ist von der Reichsbahn direkt in Altona vorhanden.

Eine der am schönsten angelegten Straßen Deutschlands ist die Elbschiffallee in Altona. Park an Park mit uraltten Baumbeständen, vereint mit Allen, bilden die Einfassung. Bis zu 25 Meter tief fällt steil das Elbufer herab, landschaftlich unvergleichlich schön. Zur Linken der Elbe, der uns den freien Luftstrom vom Meere entgegenbringt. Sei es zu Wasser oder sei es zu Fuß, jedem Fremden ist dringend zu empfehlen, bis zum Stadtteil Blankenese mit dem Sillberg als Aussichtspunkt diese Partie, die bequem auszuführen ist, zu machen.

Wandsbek, eine preußische Stadt von 43 000 Einwohnern, ist gleichfalls eng mit Hamburg verbunden. Hier hat der Dichter Matthias Claudius sein Wirkungsgebiet gehabt. Das Villenortel Marienfelde und auch das Gehöft ist mit der elektrischen Wandsbeker Schnellbahn sehr bequem zu erreichen. Viele gärtnerische Anlagen schmücken das gesamte Stadtbild. Behrens.

Der Hamburger Hafen.

Der Hafen ist auf alle, die zum ersten Male nach Hamburg kommen, eine starke Anziehung aus. Will der Fremde die Lebens- oder dieser Millionenstadt genauer betrachten, so muß er sich nach dem St. Pauli-Landungsbrücken, der Hauptanlegestelle des Hafens, begeben. Hier rauscht der gewaltige Elbstrom vorüber. Je nach der Tide sieht er, wie kräftige Schlepper große Seegeschiffe anfahren und diese nach ihren Ladungen und Liegeplätzen bringen oder ihnen das Geleit aus dem Hafen auf den freien Strom geben. Es gibt in der Welt keinen Hafenplatz, der nicht in mittelmäßiger oder unmittelbarer Verbindung mit dieser Lebensader Hamburgs steht. Auf dem Strom herrscht je nach der Zeit außerdem eine niederbasse Tätigkeit. Kleine Motorboote, Barkassen, große Schlepper fahren schnell im Hafen hin und her. Flinke Böt-

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Erhöhung der Invalidenrenten.

Vom 1. Juli d. J. an werden die Invalidenrenten wieder erhöht. Den Rentnern werden seit einigen Wochen die entsprechenden Mitteilungen in Form einer Postkarte zugestellt, die für das ganze Reich einheitlich abgefaßt ist. Der Inhalt der Postkarte mag vielleicht für Kreise verständlich sein, die sich fortgesetzt mit der Materie befassen; der Rentner kann nichts damit anfangen, er kann nicht einmal sehen, wie seine Erhöhung berechnet ist. Es ist allgemein die Auffassung vorhanden und während der Wahlbewegung sind viele Rentner in dem Glauben bestärkt worden, daß die Gesamtrente um 40 Prozent erhöht wird. Mancher Invalidenrentner hat schon mit diesem Betrage gerechnet. Die Enttäuschung ist um so größer, weil nur die Steigerungsbeträge um diese 40 Prozent erhöht werden und dazu nur die, die aus Beiträgen vor der Inflation stammen. Daber ist auch das Mißtrauen der Rentner berechtigt und verständlich.

Die Invalidenrente setzt sich zusammen aus Reichszuschuß, Grundbetrag und Steigerungsbeträgen. Reichszuschuß und Grundbetrag sind in allen Klassen gleichhoch und werden auch durch die Zahl und Höhe der geleisteten Beiträge nicht verändert. Bei den Steigerungsbeträgen ist zu unterscheiden, ob die Beiträge vor dem 1. Oktober 1921 geleistet wurden oder nach dem 1. Januar 1924. Für die letzteren Beiträge wird ein Fünftel des Wertes der geleisteten Beiträge als Steigerungsbetrag angesehen. Für die Beiträge, die in der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis zum 1. Januar 1924 (Inflationsbeiträge) geleistet wurden, gibt es überhaupt nichts, und für die vor dem 1. Oktober 1921 entrichteten Beiträge wird für jeden Beitrag ein bestimmter Pfennigsatz berechnet, und zwar in der I. Klasse 2 Pf., in der II. Klasse 4 Pf., in der III. Klasse 8 Pf., in der IV. Klasse 14 Pf. und in der V. Klasse 20 Pf. Bei den Renten, die vor dem 1. April 1928 festgesetzt wurden und am 1. Juli 1928 noch laufen, werden die vorstehenden Steigerungsbeträge um 40 Prozent erhöht. Bei den Renten, die nach dem 1. April 1928 festgesetzt wurden, betragen die Steigerungsbeträge in den einzelnen Klassen 3, 6, 12, 18 bzw. 27 Pf. In älteren Rentenbescheiden werden noch Steigerungsbeträge aufgeführt sein von 2, 4, 7, und 10 Pf. in den Klassen II bis V. In der I. Klasse wurde in der Zeit vom 1. Januar 1924 bis zum 1. August 1925 überhaupt kein Steigerungsbetrag angesehen.

An dem Reichszuschuß, dem Grundbetrag und den Steigerungsbeträgen aus Beiträgen nach dem 1. Januar 1924 wurde überhaupt nichts geändert. Rentner, die ihre Erhöhung nachrechnen wollen, müssen zunächst aus ihrem Rentenbescheid feststellen, wieviele Beiträge sie in den einzelnen Klassen vor dem 1. Oktober 1921 geleistet haben. Die Zahl der Beiträge wird dann je nach der Klasse mit 2, 4, 8, 14 und 20 Pf. vervielfacht, zum Beispiel:

42 Beiträge in Klasse I mal 2 Pfennig	= 0,84 Mk.
116 Beiträge in Klasse II mal 4 Pfennig	= 4,64 Mk.
342 Beiträge in Klasse III mal 8 Pfennig	= 27,36 Mk.
468 Beiträge in Klasse IV mal 14 Pfennig	= 65,52 Mk.
256 Beiträge in Klasse V mal 20 Pfennig	= 51,20 Mk.

Zusammen 149,56 Mk.

Aus diesem Betrage werden 40 Prozent genommen, macht 59,80 Mk.

Es wird nun zusammengerechnet:

Reichszuschuß	72,00 Mk.
Grundbetrag	168,00 Mk.
Steigerungsbeträge aus Beiträgen vor d. 1. 10. 21	149,56 Mk.
Hieraus 40 Prozent Erhöhung	59,80 Mk.
Steigerungsbeträge aus Beiträgen nach d. 1. 1. 24 (Genauer Betrag ist aus dem Bescheid zu ersehen) angenommen	30,64 Mk.
Jahresrente	480,00 Mk.

oder pro Monat 40 Mk., während bisher die Monatsrente zirka 35 Mk. betragen hat.

Enthält eine Rente für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober 1921 keinen Steigerungsbetrag, so wird die Rente monatlich um eine Reichsmark erhöht, wenn für Zeiten vor dem 1. Oktober 1921 mindestens 200 Beitragsmarken ordnungsgemäß verwendet sind. Für Renten, die vor dem 1. April 1928 festgesetzt wurden und am 1. Juli 1928 noch laufen, wird der Zuschuß für jedes Kind von 7,50 Mk. auf 10 Mk. monatlich erhöht.

Die Invalidenrente ist gemessen an den heutigen Lebenshaltungskosten, unzulänglich in jeder Beziehung. Zu einer ausreichenden Rente könnten sich die Bürgerblockparteien nicht aufschwingen; sie wollten aber vor den Wahlen auch den Sozialrentnern noch zeigen, daß sie ein Herz für die Armen haben. Die Reichsregierung hat im übrigen es sich leicht gemacht; die jetzt eingetretenen Erhöhungen sind keine dauernden, sondern sie häufen sich von Jahr zu Jahr ab und werden in etwa einem Jahrzehnt überhaupt verschwunden sein. Sozialpolitik um jeden Preis, sie darf aber nichts kosten.

5. Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Dresden.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene wird ihre diesjährige Jahreshauptversammlung am 11. und 12. September in Dresden veranstalten. Die Verhandlungen sind öffentlich. Am ersten Verhandlungstag werden die Fragen der Frauenarbeit in fünf größeren Referaten besprochen werden. Am zweiten Verhandlungstag werden zwei Referate die Fragen der Beziehungen zwischen Arbeit und Sport behandeln. Außerdem bringt der zweite Verhandlungstag eine größere Anzahl von kürzeren, aus den Kreisen der Tagungsteilnehmer anzumeldenden Berichten, die den Teilnehmern der Jahreshauptversammlung eine Übersicht über die wichtigsten neueren Arbeiten auf gewerbehygienischem Gebiet vermitteln. Nähere Anskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Viktoria-Allee 9.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands (Dritter Bundeskongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.)

Montag, den 3. September 1928, in Hamburg, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof.

Tagesordnung:

1. Wahl der Kongressleitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Bundesvorstandes.
3. Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie.
4. Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.
5. Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung.
6. Anträge zu den Bundesfassungen.
7. Wahl des Bundesvorstandes.
8. Erledigung sonstiger Anträge.

Der Kongress wird am Montag, dem 3. September 1928, vormittags 9 Uhr, eröffnet und voraussichtlich bis Sonnabend, den 8. September, tagen.

Die Vertretung auf dem Gewerkschaftskongress regelt sich nach den Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die §§ 32. und 33. besagen darüber folgendes: Alle dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften sind berechtigt, stimmfähige Vertreter zu dem Gewerkschaftskongress zu entsenden. Gewerkschaften, die mit mehr als drei Monatsbeiträgen oder mit Hilfsbeiträgen (§ 44) im Rückstande sind, kann durch Beschluß des Kongresses die Teilnahme an dem

Kongress oder das Stimmrecht auf demselben verweigert werden.

Auf je 15 000 Mitglieder einer Gewerkschaft entfällt ein Vertreter, desgleichen auf eine überschüssige Mitgliederzahl, wenn sie mindestens 5000 beträgt. Gewerkschaften unter 15 000 Mitglieder können gleichfalls einen Vertreter entsenden. Die Art der Wahl bleibt jeder Gewerkschaft überlassen.

Anträge an den Kongress können nach § 34 der Satzungen von jedem angeschlossenen Verband oder seinen Bezirks- und Ortsvereinen gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die Anträge müssen nach § 35 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongress, also bis zum 7. Juli, an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens sechs Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

Berlin, den 4. Juni 1928.

Der Vorstand des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Th. Leipart.

Otto Streine Jubilar.

Der Vorsitzende des Verbandes der Maler, Otto Streine, kann am 1. Juli auf eine 25jährige Tätigkeit als Angestellter der Organisation zurückblicken. Von 1898 bis 1907 bekleidete er das Amt des Kartellvorsitzenden in Dresden. Am 1. Juli 1908 wurde er Bezirksleiter seiner Organisation für Sachsen. 1912 wurde er in die Hauptverwaltung berufen, um den damaligen Vorsitzenden, Kollegen Lobler, zu unterstützen. Nach dessen Hinscheiden im Jahre 1914 trat er an dessen Stelle. Seitdem hat er diesen Posten mit großer Umsicht, vorbildlicher Pflichttreue und viel Erfolg inne. Mit großer Liebe hat er sich als internationaler Sekretär der damit verbundenen Arbeiten angenommen, die internationale innerlich gekräftigt und die Zahl der angeschlossenen Verbände erhöht. Auf gewerbehygienischem Gebiete hat Streine sich um seine Berufskollegen und darüber hinaus große Verdienste erworben. Unsere herzlichste Gratulation dem treuen Freunde.

Verbandsnachrichten.

Gewählte Delegierte zum 13. Gewerkschaftskongress in Hamburg.

- Gau 1. Willi Scheinhardt (Hannover) und Karl Müller (Hannover).
 - Gau 2. Karl Tolski (Magdeburg) und Friedrich Schmidt (Neubaldensleben).
 - Gau 3. Hans Kuhl (Berlin).
 - Gau 4 und 5. Ernst Karow (Stettin).
 - Gau 6. Friß Thieme (Dreslau) und Karl Wufmann (Weißwasser).
 - Gau 7. Otto Grafe (Dresden), Ernst Siegmund (Chemnitz) und Paul Bulke (Dresden).
 - Gau 8. Paul Schneider (Erfurt) und Emil Hoffmann (Ilmenau).
 - Gau 9. Wilhelm Frenzel (Marktreuth) und Karl Herrmann (Nürnberg).
 - Gau 10. Hans Graf (München).
 - Gau 11. Leo Wöhner (Stuttgart).
 - Gau 12. Franz Schreiber (Ludwigshafen).
 - Gau 13. Richard Traber (Mainz).
 - Gaue 14 und 16. Hermann Reuß (Wasselford).
 - Gau 15. Otto Hilpman (Hamburg).
- Hauptvorstand: August Brey (Hannover), Karl Thiemig (Hannover), Sebastian Prüll (Hannover), Ernst Großmann (Hannover), Karl Schmidt (Hannover) und Hermann Gränzel (Berlin).

Die Zahlstelle Bonn a. Rh.,

in der hauptsächlich chemische, feuerfeste und feinkeramische Industrie in Betracht kommt, sucht zum sofortigen Antritt einen tüchtigen

Geschäftsführer.

Bewerber müssen 8 Jahre frei organisiert sein. Sie haben eine handschriftlich selbstgeschriebene Bewerbung einzureichen. Diese muß enthalten: Eine Abhandlung über den Lebenslauf und über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sowie eine Abhandlung über die Aufgaben eines Geschäftsführers in der Agitation, bei Lohnbewegungen, in Buch- und Kassensführung sowie in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten.

Bewerbungen sind bis spätestens 15. Juli einzusenden an: Gewerkschaft Hermann Wirth, Köln, Severinstr. 197/99. [8.-]

Detmold Telephon Nr. 2274.

Die Zahlstelle Detmold ist vom 23. Juni an unter obiger Telefonnummer angeschlossen. Wir bitten bei Anruf darauf zu achten. Die Zahlstellenleitung. [3.-]

Zahlstelle Arzberg.

Die in Nr. 22 des 'Proletarier' ausgeschriebene Stelle eines Geschäftsführers ist besetzt. Gewählt wurde der Kollege S. Heinrich (Arzberg). Allen Bewerbern besten Dank! [2.50]

Briefkasten.

Halle a. d. S. Anonyme Brieffschreiber. Der Hauptvorstand hat in letzter Zeit wiederholt anonyme Zuschriften erhalten mit Anschuldigungen aller Art gegen Verbandskollegen der Zahlstelle Halle, mit der Versicherung: 'Es ist alles pure Wahrheit. Wir könnten unseren Namen darunter setzen, aber dann kriegen wir nichts mehr zu erfahren.' Entweder die Brieffschreiber sind Feiglinge oder sie sind sich der unschönen Art ihrer Handlungswerte bewußt, auf Hintertreppen allerlei zu erspähen, und sie schämen sich ihrer Tat. Es ist aber auch möglich, daß sie gar nicht Mitglied unseres Verbandes sind und einer Richtung angehören, die einen ihnen unbequemen Kollegen unserer Zahlstelle auf hinterlistige Weise beseitigen wollen. Sind die Brieffschreiber ehrliche Menschen und sind sie sich bewußt, einer guten Sache zu dienen, so mögen sie ihren Namen nennen. Tun sie das nicht, dann müssen sie sich eine Einschätzung gefallen lassen, die ihnen nicht zur Ehre gereicht. Die schönste Antwort auf Verleumdung ist, daß man sie verachtet. Wer einen guten Namen hat, braucht ihn nicht zu verschweigen.

Dampfer erledigen den fahrplanmäßigen Dienst nach allen Stationen des Hafens und Liegeplätzen der Schiffe.

Von der gleichen Seite fahren die Passagierdampfer nach den verschiedenen Seehäfen und den weiteren Inselgruppen der Nordsee. Von hier aus regelt sich der Ausjahrsverkehr nach der Unter- und Obersee.

Von der anderen Seite der Elbe her erblaut das hohe Lied der Arbeit. Dort liegen die Werften von Hohent u. Wok. Reberstieg, Deutsche Werft und den dazu gehörigen Industrien. Die hochragenden Heilungsgerüste der großen Werften sind weithin sichtbar und bilden neben dem Michel (Michaelskirche) die bekannten Wahrzeichen Hamburgs.

Wir bestiegen einen der grünen Dampfer der Hafendampfergesellschaft H. G. und fuhren den Strom hinauf den Elbbrücken zu, an den älteren Teilen des Hafens vorbei. Mit dem Bestiegen des Dampfers sind wir schon im Ausland, dem freien Hafen angelangt. Legt der Dampfer an irgend einer Stelle an, so müssen wir uns, wenn wir die innere Stadt wieder betreten wollen, einer Zollkontrolle unterziehen.

Die Zeiten, in denen die Entlosh- und Beladenarbeiten der Schiffe im freien Strom erfolglos sind vorüber. In langen Ufern und Kaimauern liegen die Seedampfer und können vermittelst kleiner und großer Hebezeuge ihre Gütermengen. Aber auch auf dem Kaihöfen gewinnen wir die rationelle Wirtschaftsweise durch Verwendung von Winden aller Art und sonstigen Transportmitteln, jeweils dem Gut angepaßt, welches zur Entloshung oder Beladung kommt.

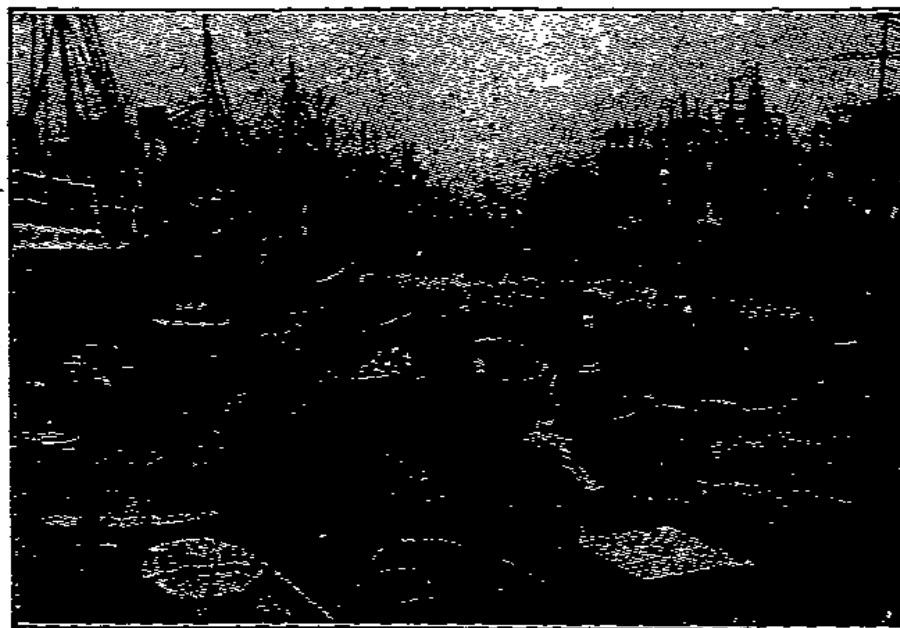
Der Hafen umfaßt 421 Hektar, davon entfallen 1349 Hektar auf den Freihafen. An Uferfronten beträgt die Länge 169 Kilometer, darunter 49 Kilometer Kaimauer. Die Schuppen bieten 625 000 Quadratmeter Lagerraum und die Fläche aller Speicher beträgt 72 000 Quadratmeter.

Ein außerordentlich kompliziertes Bahnetz für die Güterzüge, die die Waren zum und von den Schuppen und an die Längsseite der Schiffe bringen, ist vorhanden. Es würde zu weit führen, die Waren im einzelnen zu benennen. Für Massengüter sind die besonderen Schuppen und Lageräume vorhanden, wie Granit- und Kalkschuppen, Petroleumschuppen u. a. mehr, die sich durch ihre Spezialausstattung, wie Getreide-, Kohlenheber und Pumpen von außen kenntlich machen.

In den neueren Häfen, Kaiser-Wilhelm-Höft, Wallerhöft und jenseits des Köhlbrandes finden wir die großen Passagier- und Frachtschiffe der Hamburger und anderer Reedereien des Inn- und Auslandes, die schon bald von der offenen See direkt an ihren Liegeplätzen herangebracht werden können. 1925 betrug der Schiffsdienst der ein- und ausgehenden Schiffe 28 136 000 Nettoregister-Tonnen (RTM). Es wurden ferner 20 Ladungen aller möglichen Art ein- und ausgeführt in 1000 Tonnen brutto 12 546 eingeschifft und 12 217 ausgeschifft. Der Umschlag mit den Schiffen betrug

gleichfalls in 1000 Tonnen brutto 3310 ankommend und 3480 ausgehend.

So ein Passagierdampfer bildet mit seinem Leben und Treiben eine Stadt für sich, und es ist lohnend, einen solchen Dampfer zu besichtigen. Einen Begriff von dem Leben und Treiben innerhalb des Hafengebietes bekommt man ungefehrt, wenn man weiß, daß man ungefehrt mit zirka 75 000 Personen rechnet, die täglich im Hafen ein- und ausgehen.



Der Hamburger Hafen.

Wer zu Zeiten des Arbeitsbeginns Gelegenheit hat, sich das Hafengebäude anzusehen, bekommt den Eindruck von einem gigantischen Riesen. Alles häuft sich übereinander, und jeder weiß trotzdem sein Ziel. Hamburg hat's eilig! Schiffe liegen lassen, Waren liegen lassen, bedenktes Zeitverlust, Geldverlust.

Noch ein Wort zum Elbkanal. Die Brücken und auch die Fährdampfer sowie sonstige Verkehrsmittel waren nicht mehr in der Lage, den Betrieb mit dem jenseitigen Ufer ansrecht zu erhalten, und so wurde unter einem Kostenaufwand von 10 Millionen Mark zwischen St. Pauli-Landungsbrücken und Steinwärder ein Tunnel geschaffen, der seit 1911 besteht. Die Notwendigkeit seiner Erbauung ergibt sich daraus, daß nach einer Zählung in einem Monat 900 000 Arbeiter, 9000 Fuhrwerke und 15 000 Radfahrer diesen Verkehrsweg benutzen.

Noch da wir am Plage sind, sehe man sich das kolossale Bauwerk mit seinen Schichten und Stockwerken selbst an. Es ist ein See- und Flußhafen der Welt.

☉☉☉ Aus der Industrie ☉☉☉

Chemische Industrie

Der Weg der chemischen Industrie.

Die chemische Industrie stellt heute Rohstoffe her, die früher aus dem Ausland bezogen werden mußten und erzeugt Chemikalien, die man früher nur aus ausländischen Rohstoffen gewinnen konnte. Damit verschiebt sie fortgesetzt die wirtschaftliche Grundlage der verschiedensten Industriezweige.

In früheren Jahrzehnten spielten die Zufälle in der chemischen Industrie eine erhebliche Rolle. Mauvein (Anilin) und Fuchsin waren Zufallsprodukte, ebenso sind die explosiblen Eigenschaften der Pikrinsäure und die Bindung des Nitroglycerins an Kieselgur, wodurch Dynamit entstand, durch Zufälle bekannt geworden. Heute sind fast alle Stoffe auf wissenschaftlicher Grundlage chemisch analysiert, so daß man ihre Eigenschaften kennt und dadurch Zufälligkeiten in der chemischen Industrie im allgemeinen ausschalten kann. Das schließt nicht aus, daß in der organischen Chemie neue Zwischenprodukte gefunden und der Wirtschaft dienstbar gemacht werden. Diese Vorgänge vollziehen sich aber in den Laboratorien bei streng wissenschaftlicher Arbeit.

Auf Grund der erweiterten Kenntnisse der chemischen Eigenschaften und Trennungs- und Bindungsmöglichkeiten der verschiedenen Stoffe sind die Chemiker zu systematischer Arbeit gelangt und können sich im voraus bestimmte Ziele stecken, die zwar auf verschiedenen Wegen erreicht, aber systematisch zur Großtechnik führen.

Die Herstellung künstlicher Soda am Ende des 18. Jahrhunderts erregte Aufsehen. Die Bedürfnisse der Textilindustrie konnten nicht mit natürlicher Soda befriedigt werden; die chemische Industrie ergänzte den Naturrohstoff. Die erste Methode, das Leblanc-Verfahren, wurde bald durch das Solvay-Verfahren, das eine größere Ausnutzung der Rohstoffe ermöglichte, verdrängt. Heute ist die elektrolytische Sodaherstellung dem Solvay-Verfahren ebenbürtig; sobald für die dabei anfallenden Chlormengen Absatz gefunden wird, dürfte auch das Solvay-Verfahren überholt sein. Die künstliche Soda führte auch zur Verbilligung des Produktes.

Ein zweiter wichtiger Schritt war die Erfindung und Herstellung künstlicher Teerfarbstoffe, die sehr bald Krapp- und Indigofarben verdrängten und die Preise herabdrückten. Die Zahl der Teerfarbstoffe wuchs. Die Qualität wurde dauernd verbessert, bis man zu den heutigen licht- und wasserbeständigen Farben kam, die in Indanthrenfarben ihre Krönung fanden.

Die Teerfarben haben in wenigen Jahrzehnten Krapp- und Indigoanpflanzungen überflüssig gemacht und ausgeschaltet und der Textilindustrie den Weg zur heutigen technischen Höhe bereitet. Aus der Teerfarbenindustrie entwickelte sich ein umfangreicher Industriezweig, der die bei der Teerfarbenherstellung entstehenden Zwischenprodukte auf ihre Eigenschaften eingehend untersuchte und entsprechend verwertete. Dadurch wurde die Arzneimittelindustrie außerordentlich befruchtet.

Den bedeutungsvollsten Schritt konnte die chemische Industrie machen, als es gelang, den Stickstoff der atmosphärischen Luft zu isolieren und ihn auf Salpetersäure und Düngemittel weiterzuverarbeiten. Dadurch wurde Deutschland in außerordentlich kurzer Zeit von der Einfuhr chilenischer Salpeters, der bisher zur Herstellung von Salpetersäure diente und den Grundstoff für Stickstoffdüngemittel abgab, befreit. Damit nicht genug, wurde die Landwirtschaft in die Lage gesetzt, dem Boden beliebige Mengen von Stickstoff zuzuführen und dadurch den Ernteertrag bedeutend zu erhöhen. Die Stickstoffsynthese und die darauf aufgebaute Stickstoffindustrie sind heute von größerer Bedeutung als jeherzeit die Erfindung von Teerfarben.

Der Luftstickstoff wird in den verschiedensten Bindungen als Ammoniaksalz und als Kalkstickstoff der Landwirtschaft zugeführt. Die Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Durch die Herstellung von Phosphorsäure im elektrolytischen Ofen ist die Möglichkeit gegeben, die so gewonnene Phosphorsäure mit den verschiedensten Stickstoffdüngemitteln zu verbinden und Mischdünger auf den Markt zu werfen, der allen Ansprüchen der Landwirtschaft und allen Bodenverhältnissen genügt. Dadurch wird der Bedarf an Superphosphat fortgesetzt verringert.

Die Superphosphatindustrie, eine bisher gut fundierte Industrie, ist durch diesen Mischdünger stark zurückgedrängt und dürfte sich voraussichtlich kaum wieder erholen. Der Vorteil des Mischdüngers liegt darin, daß er nicht mit Schwefelsäure belastet ist wie Superphosphatdünger. Die Phosphate wurden früher mit Schwefelsäure aufgeschlossen, während die Herstellung von Phosphorsäure im elektrolytischen Ofen ohne Schwefelsäure vor sich geht.

Auch bei Herstellung des schwefeligen Ammoniums verzichtet die Stickstoffindustrie auf Schwefelsäure. Im einfachen Verfahren über Gips (schwefelsaurer Kalk) wird der Schwefel aus dem Gips an Ammoniak gebunden. Dieses Verfahren hat in der chemischen Industrie den Gedanken reifen lassen, aus Gips Schwefelsäure herzustellen. Die Notwendigkeit, alle Abfallstoffe der chemischen Industrie zu verarbeiten, um die Wirtschaftlichkeit der Industrie zu sichern, half dabei mit. In der chemischen Industrie werden große Mengen von Kalk (kohlenaurer Kalk) zum Abkämpfen und Neutralisieren verwendet. Der Kalk geht zum größten Teil durch die Produktion hindurch und fällt am Ende als schwefelsaurer Kalk (Gips) wieder an. Die Halbenbestände wachsen ins Uferlose. Es galt also, diese Bestände wirt-

schafflich aufzuarbeiten. Das gelang, indem in einem Brennverfahren der Schwefel ausgetrieben und der Rückstand, mit Ton gemischt, auf Zement verarbeitet wurde. Die entstehenden schwefeligen Gase werden genau wie beim Köhlen von Schwefelkies aufgefangan und zu Schwefelsäure veredelt.

Durch dieses Verfahren kann sich die chemische Industrie von der Einfuhr des teuren Schwefelkieses zum großen Teil freimachen. Die chemische Großindustrie beschäftigt sich bereits mit dem Bau von Schwefelsäure- und Zementfabriken auf der Grundlage von Gips.

Bei der Herstellung von Stickstoff hat man gelernt, hohe Wärmegrade und hohen Druck anzuwenden. In fortgesetzter Forschungsarbeit ist es gelungen, die dabei anfallenden Kohlenoxydgase in Verbindung mit Wasserstoffgas auf Methanol (Methylalkohol) zu verarbeiten und damit eine starke Verbilligung des Methanols, der bisher aus Holzdestillaten gewonnen wurde, zu erreichen. An diese Erfindung schloß sich die praktische Möglichkeit der Kohleverflüssigung

Schöne Worte eines Großkapitalisten auf geduldigem Papier.

Ein System, die Arbeit zu umgehen, läßt sich nicht erfinden. Dafür hat die Natur gesorgt. Müßige Hände und Füße waren uns nicht zugehört. Die Arbeit ist in unserem Dasein Grundbedingung für Gesundheit, Selbstachtung und Glück. Stakt ein Fluch ist sie der größte Segen. Strenge soziale Gerechtigkeit entspringt nur aus ehrlicher Arbeit. Der Arbeiter, der dem Unternehmen sein Bestes gibt, ist auch für das Unternehmen der Beste. Eine Qualitätsleistung kann man von ihm aber auf die Dauer ohne entsprechende Anerkennung nicht verlangen. Der Arbeiter, der mit dem Gefühl an sein Tagewerk herangeht, daß es ihm trotz aller Anstrengung niemals genug einbringen wird, um den Mangel von ihm fernzuhalten, ist nicht in der Verfassung, sein Tagewerk gut zu leisten. Er ist von Angst und Sorge erfüllt, die seiner Arbeit schaden. Fühlt der Arbeiter dagegen, daß sein Tagewerk ihm nicht nur die Lebensnotdurft, sondern darüber hinaus noch die Möglichkeit gewährt, seine Jungen und Mädels etwas lernen zu lassen und seiner Frau Vergnügen zu verschaffen, dann ist ihm die Arbeit ein guter Freund und er wird sein Bestes hergeben. Und das ist für ihn und für das Geschäft gut. Dem Arbeiter, der seinem Tagewerk nicht eine gewisse Befriedigung abgewinnt, geht der beste Teil seines Lohnes verloren. Denn es ist etwas Großes um unser Tagewerk, etwas ganz Großes! Die Arbeit ist der Eckstein, auf dem die Welt ruht, sie ist die Wurzel unserer Selbstachtung!

Henry Ford.

an. Vielleicht war der Weg auch anders; bei dem Versuch, die Kohleverflüssigung technisch im Großbetrieb durchzuführen, kam man auf das Teilergebnis, Methanol herzustellen.

Die Kohleverflüssigung ist angeblich im Versuchsbetrieb bereits durchgeführt. Es wird eine Jahresproduktion von 100 000 Tonnen erreicht, die im kommenden Jahre bis auf 200 000 Tonnen gesteigert werden soll. Der Verbraucher kennt die künstlichen Benzine nicht, da Kunstbenzin aus der Kohleverflüssigung mit Naturbenzin aus Erdöl nur in Mischung in den Handel kommt. Da diese Mischungen vom Verbraucher anstandslos aufgenommen werden, kann in der Qualität kein Unterschied zwischen Natur- und Kunstbenzin sein. Die Kohleverflüssigung führt aber naturgemäß über die Gewinnung von Kunstbenzin hinaus. Es ist bekannt, daß die chemische Industrie sich mit dem Problem, künstlichen Kautschuk herzustellen, dauernd beschäftigt. Nach allen bisher in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Tatsachen dürfte die technische Möglichkeit, Kautschuk im Großbetrieb herzustellen, nur noch eine Frage der Zeit sein.

Der Grundstoff für Kautschuk ist Isopren, das früher aus Benzin isoliert wurde. Die Herstellung war teuer, der Verbrauch an Rohmaterialien sehr groß. Wenn nicht alles täuscht, hat die chemische Industrie die Möglichkeit gefunden, nach Art der Kohleverflüssigung Isopren direkt aus Kohle zu gewinnen und damit die Sicherung einer wirtschaftlichen Basis für künstlichen Kautschuk erreicht.

Ist schon die Durchführung der Kohleverflüssigung eine Tat von außerordentlich wirtschaftlicher Bedeutung, so wird die Herstellung künstlichen Kautschuks trotzdem als bedeutungsvoller angesehen, wie wir aus dem Munde Dr. Bosh's wissen. Damit wird dann Deutschland mit der Zeit von der Einfuhr von Benzin und später von Kautschuk frei werden.

Bedeutungsvoll ist auch die Tätigkeit der chemischen Industrie auf dem Gebiete der Metallherstellung. Gleichgültig, ob die Wissenschaftler Recht haben, die dem Eisen nur noch eine kurze Lebensdauer zusprechen, oder jene, die da meinen, daß die Eisenerzlager auf Generationen hinaus noch ergiebig sein werden, schafft die chemische Industrie in den Leichtmetallen Aluminium und Magnesium und in deren

Legierungen zum großen Teil Ersatz für Eisen, ja selbst für Stahl. Aluminium wird aus Tonerde (Bauxit) gewonnen. Das Bestreben der chemischen Industrie ist darauf gerichtet, den ausländischen Bauxit als Grundstoff auszuschalten und dafür deutschen Ton zu verwenden. Wann das Verfahren eingeführt wird, ist auch nur eine Frage der Zeit. Bisher war der starke Kieselsäuregehalt des deutschen Tons der Produktion hinderlich. Jetzt hat sich ein Verfahren herausgebildet, die Kieselsäure leichter von der Tonerde zu trennen und es sollen sich auch größere Verwendungsmöglichkeiten für Kieselsäure gefunden haben. Auch die Schmirgelindustrie, die auf Tonerde aufgebaut ist, erweitert sich fortgesetzt. Der Chemiker hat es in der Hand, künstliche Schmirgel in der verschiedensten Zusammensetzung und Härte herzustellen, so daß die Qualität dem natürlichen Schmirgel weit überlegen ist.

Aus alledem ist zu ersehen, daß die chemische Industrie die Rohstoffbasis für fast alle übrigen Industrien erweitert und die deutsche Wirtschaft zum Teil von der Einfuhr ausländischer Rohstoffe frei macht. Darin liegt die große Bedeutung der chemischen Industrie. Das Bild wäre nicht vollständig, wenn man nicht auch auf die Fortschritte in der Kunstseide, Zelluloid- und Kunststoffindustrie hinweisen würde.

G. Haupt.

Gefahren der Arbeit.

In einer Leerproduktenfabrik wurde Benzolwachsöl verarbeitet. Dabei mußten sich Blausäuredämpfe entwickeln haben, durch die 4 Arbeiter sich leichtere Vergiftungen zuzogen. Nach diesem Unfall wurde die Verarbeitung von Benzolwachsöl eingestellt.

Schwerere Vergiftungen erlitten 6 Arbeiter bei der Herstellung von Milchsäure. Es konnte nicht ermittelt werden, ob Blausäuredämpfe oder Phosphorwasserstoff die Ursache gewesen sind. Angenommen wird, daß die giftigen Dämpfe durch die undichte Decke des Fabrikraumes in den darüberliegenden Arbeitsraum gelangten, wo die Arbeiter beschäftigt waren. Die Wirkung der giftigen Gase äußerte sich so schnell, daß die Arbeiter nicht mehr den Raum verlassen konnten und bewußtlos zu Boden fielen. Erst durch Einstellung des Maschinenbetriebes konnte die Rettung erfolgen, da sich sonst immer neue Gase entwickelt hätten. Der Teil des Betriebes, in dem vermutlich das gefährliche gasbildende Material verwendet wurde, mußte eingestellt werden.

Verbrennungen durch Flußsäure sind in mehreren Fällen erfolgt. In einem Falle spricht der Bericht von einer Unvorsichtigkeit der Arbeiter. Es wurde vielfach angenommen, daß bei der Verwendung von Flußsäure nur erwachsene Arbeiter beschäftigt werden dürfen, die über die Gefährlichkeit dieses Stoffes genau unterrichtet sind.

An hartnäckigen Hautausschlägen litten zahlreiche Arbeiter in einigen Kunstseidenfabriken. Die Erkrankungen wurden auf die Verwendung von Natronlauge und auf die Einwirkung der bei der Färberei entstehenden Dünste zurückgeführt. In einem Falle wird der Betriebsleitung der Vorwurf gemacht, daß sie die Ursache und den Charakter der Hauterkrankungen nicht rechtzeitig erkannt habe. Badeeinrichtungen, Arbeitsanzüge, Leibwäsche, Handschuhe und geeignete Seife sowie Feste zur Behandlung schon entzündeter Hautstellen sollen den Arbeitern zur Verfügung gestellt werden.

Außerste Vorsicht im Gebrauch von offenem Licht, Feuer usw. ist bei der Verarbeitung von Zellhorn (Zelluloid) geboten. Durch grobe Fahrlässigkeit sind, wie der Bericht der Gewerbeaufsichtsbüroausen erwähnt, mehrere Arbeiter getötet und zahlreiche andere verletzt worden. Ein Arbeiter hatte zum Anheben des im Arbeitsraum befindlichen Ofens Zelluloidreste verwendet. Es entstand eine Stichflamme, die fast augenblicklich den großen Vorrat an Zelluloid, der sich in der Werkstatte befand, in Brand setzte. 3 Arbeiter wurden getötet, mehrere verletzt.

Ein junger Mann, der bei der Verarbeitung von Zellhorn rauchte, führte durch unvorsichtiges Hantieren mit der Zigarette einen Brand herbei. Zwei junge Arbeiter wurden tödlich durch Stichflammen verletzt, zwei Arbeiterinnen leicht verbrannt. Hier handelte es sich um Heimarbeit, die sich in vielen Gegenden auch mit der Verarbeitung von Zellhorn befaßt. Zu dem niedrigen Heimarbeitervergütung kommt also auch noch die große Gefährlichkeit der Arbeit, die bei der geringsten Unvorsichtigkeit ein Unglück herbeiführen kann.

Die Häufigkeit von Unfällen in den Pulver- und Sprengstofffabriken ist bekannt. So fielen auch im Berichtsjahr 1928 mehrere Menschenleben solchen Unfällen zum Opfer. In einer Sprengstofffabrik im Regierungsbezirk Düsseldorf wurden durch eine Explosion in einem Mischhaus 5 Arbeiter getötet und ein sechster so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb. Die Ursache der Explosion konnte nicht einwandfrei festgestellt werden. Einige betriebsorganisatorische Maßnahmen sollen solche Unfälle in Zukunft verhindern.

Bei einer anderen Explosion, die sich in derselben Fabrik bei der Denitrierung von Nitroglycerin-Alkohollösung ereignete, war der Arbeiter unvorsichtig genug, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Er hatte die drohende Gefahr an den aufsteigenden Dämpfen erkannt und sofort die Zutrittsöffnung abgsperrt, so daß die Explosion nur Materialschaden anrichtete.

Sehr schwer in ihren Folgen war die Explosion in der Pulverfabrik Hasloch im Mai 1926, die 6 Tote forderte. Ebenso viel schwerer und 33 Leichtverletzte wurden gezählt. Die Ursache der Explosion war nicht einwandfrei zu ermitteln.

Es ist in diesen Berichten nichts davon gesagt, ob etwa Alkoholor- oder Prämiensarbeiten eine Schuld an diesen Unfällen trägt. Die Ursache der Explosion war nicht zu ermitteln. Wir können also in bezug auf die erwähnten Unfälle nicht feststellen, ob die bei Alkoholor- und Prämiensystemen unabweisliche Hast die nötige Sorgfalt hat vergessen lassen. Tatsache ist aber jedenfalls, daß noch in einer ganzen Reihe von solchen gefährlichen Betrieben, Sprengstoffwerken usw. sowohl im Alkoholor, als auch nach Prämiensystemen gearbeitet wird. Eine erhöhte Betriebsaufsicht hat diese Arbeitsweise gewiß nicht zur Folge.

In einer Sprengkapselwerkstatt verunglückte der Bedienungsmann einer Lademaschine tödlich. Er hatte verbotswidrig die schützende Wand seines Arbeitsplatzes verlassen und den Kasten mit Sprengkapseln auszuschießen. Die Kapseln explodierten. Der Bericht sagt dazu: Hälfte der Arbeiter von seinem gefährlichen Arbeitsplatzes aus mittels der vorhandenen, vorrichtungsmäßig eingerichteten Rippvorrichtung diese Arbeit vorgenommen, wäre kein Unglück geschehen.

In 4 Zündkerzenfabriken erkrankten zahlreiche Arbeiterinnen an Chloranone. In schweren Fällen kam es zur Bildung von Geschwüren, die entstellende Narben zurückließen. Die Erkrankungen wurden auf die Verwendung von Dichlormethyläther an Stelle von Schwefel oder Paraffin zum Vergleichen von Zündkerzen und zum Imprägnieren von Drähten zurückgeführt. Der Wechsel in den genannten Stoffen war auf Anordnung der Betriebsleitung geschieden, da für die Herstellung der feuerfesten Zünder die Verwendung brennbarer Stoffe verboten war. Trotz Verwendung von Ammoniumchlorid, Kupferoxyd usw. kamen hin und wieder noch solche Erkrankungen vor. Nun soll das gefährliche Naphthalin durch andere minder gefährliche Stoffe ersetzt werden.

(Aus: Sonderfragen des Arbeiterschutzes und Beobachtungen aus Unfallverhütung und Gewerbehygiene im Jahre 1926.)

Papier-Industrie

Die Produktion in der deutschen Papiererzeugungs-Industrie im Jahre 1927.

Leider hält es der Zentralausschuss der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzindustrie, der die Produktion der deutschen Papiererzeugungsindustrie monatlich kontrolliert, nicht für notwendig, der Öffentlichkeit alljährlich einen Bericht über die Produktionsergebnisse der deutschen Papiererzeugungsindustrie zu übermitteln. Infolgedessen sind die Interessen gezwungen, aus den Fachzeitschriften die gelegentlichen Äußerungen über die Produktion zusammenzufassen, die dann selbstverständlich ein ungenaues Bild ergeben. Dieses trifft auch für die nachstehende statistische Zusammenfassung zu. Die Produktionszahlen für die Papier- und Pappenerzeugung aus dem Jahre 1912 haben wir dem Jahresbericht des Vereins deutscher Papierfabrikanten für das Geschäftsjahr 1913/14 entnommen. Die Produktionszahlen für die Papierfabrikation im Jahre 1927 stammen gleichfalls aus dem Jahresbericht des Vereins deutscher Papierfabrikanten für das Jahr 1927/28. Die Produktionszahl für die Holzstoffindustrie entstammen den Jahresberichten des Vereins deutscher Holzstofffabrikanten vom Jahre 1926 und 1927 und die Produktionszahlen für die Zellstoffindustrie sind einem Artikel, betitelt 'Zellstoff und Papier', aus der 'Frankfurter Zeitung', Nr. 357/1928, entnommen.

Produktionsergebnis in Tonnen:

Table with 4 columns: Produktionszweig, 1912, 1927, Steigerung in Prozent. Rows include Papierfabrikation, Holzstofffabrikation, Zellstofffabrikation, Pappfabrikation.

Leider war es uns nicht möglich, die Zahlen der Vorkriegsproduktion in der Zellstoffindustrie zu ermitteln. Dasselbe trifft zu für die Pappindustrie im Jahre 1927. Nach einem Aufsatz des Geschäftsführers des Vereins deutscher Pappfabrikanten, Dr. Freiherr Reitz von Frensch, in der Jubiläumsnummer des 'Papierfabrikanten' vom Jahre 1927 betrug die Pappfabrikation im Jahre 1926 330 000 Tonnen. Sie blieb also in diesem Jahre hinter der Vorkriegsproduktion zurück. Gemessen an der allgemeinen Konjunkturlage der Papiererzeugungsindustrie ist anzunehmen, daß die Pappproduktion ebenfalls gesteigert wurde und infolgedessen im Jahre 1927 die Friedensproduktion von 1912 gleichfalls überschritten hat.

Nach dem Geschäftsbericht des Vereins deutscher Papierfabrikanten für das Wirtschaftsjahr 1927/28 - auszugsweise veröffentlicht im 'Papierfabrikant', Nr. 24/1928 - ist die Papierproduktion vom Jahre 1926 zum Jahre 1927 um 20 Prozent gestiegen. Der Wert der 2 007 424 Tonnen betragenden Jahresproduktion von 1927 ist rund 900 Millionen Mark. Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß die Produktionssteigerung hauptsächlich auf die Inlandskonjunktur zurückzuführen ist. Infolgedessen stieg der Papierverbrauch pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1927 auf 26,8 Kilogramm gegen 21,7 Kilogramm vor dem Kriege.

Dagegen ist die Papierausfuhr um 11 Prozent gesunken, und zwar von 372 071 Tonnen im Jahre 1926 auf 344 845 Tonnen im Jahre 1927. Während im Jahre 1926 noch 22 Prozent der Produktion ausgeführt wurden, waren es im Jahre 1927 nur noch 17 Prozent. Dieser Rückgang der Ausfuhr um 5 Prozent an der Erzeugung ist allerdings in der Hauptsache auf die Produktionssteigerung von 20 Prozent zurückzuführen.

Während der Geschäftsführer des Vereins deutscher Pappfabrikanten, Dr. von Frensch, auf der Hauptversammlung dieser Organisation am 15. Mai 1928 in Jena noch die Auffassung vertrat, daß die Lohnforderungen der Arbeiter zwingungsweise zur Rationalisierung der Betriebe führen, wodurch selbstverständlich Produktionserhöhungen hervorgehen, erkennt der Geschäftsführer des Vereins deutscher Papierfabrikanten, Herr von Wulffow, in seinem Wirtschaftsbericht für das Jahr 1927/28 an, daß die Rationalisierung der Betriebe zwingungslos für sich geht. Er kleidet dieses in seinem Geschäftsbericht u. a. in folgende Worte:

Da in Deutschland, wie in allen Konkurrenzländern, mit einer weiteren Vergrößerung der Produktionskapazität zwingungslos gerechnet werden muß, ist es nötig, gemeinsame Wege zu finden, um durch Erhöhung der Ausfuhrmöglichkeiten und Erweiterung des Inlandsmarktes die Überproduktion abzubauen. Eine Ausdehnung des heimischen Absatzes ist aber möglich durch Schaffung neuer Verwendungszwecke für Papier und Ausbau der alten. Hier muß gemeinsame Propaganda durch alle Mittel moderner Werbetechnik einfließen.

Herr von Wulffow weiß natürlich ganz genau, daß die von ihm vorgeschlagenen Hilfsmittel zur Unterbringung der Überproduktion sowohl auf dem Inlands- als auch auf dem Auslandsmarkt nur möglich sind, wenn in erster Linie der Inlandsmarkt immer stärker aufnahmefähig gestaltet wird, und daß diese Steigerung der Inlandsnachfrage nur durch Lohn- und Gehaltserhöhungen bei mindestens gleichbleibenden, wenn nicht sinkenden Preisen herbeigeführt werden kann. Diese Konsequenz - Aufgabe, die sich der Geschäftsführer des Vereins deutscher Papierfabrikanten nur nicht ansprechen. Er darf sie aber auch nicht ansprechen, weil dann seine Auffassung im schärfsten Widerspruch zur Preisbildung seiner Mitglieder unter dem Einfluß ihrer Korporationen, Syndikate und Kartelle stehen würde. Denn wir dürfen daran erinnern, daß die Nr. 31 der 'Papierzeitung', Jahrgang 1923, eine Mitteilung brachte, wonach die diesjährige Lohnsteigerung in der Papiererzeugungsindustrie sich nur in einer Verleserung der Produktionskosten um 1 Prozent ausdrückte, während andererseits der Gesamtumsatz der Fachgruppen der Papierindustrie die Mitteilung bringt, daß sämtliche Produkte der deutschen Papiererzeugungsindustrie eine durchschnittliche Erhöhung um 5 Prozent erfahren haben. Es ist nicht gut anzunehmen, daß der Geschäftsführer des Vereins deutscher Papierfabrikanten die Auffassung der Überproduktion nur durch die behauptete Klasse erwartet. Einer solchen Auffassung würden auch die tatsächlichen Ermittlungen widersprechen, die die wirtschaftsstatistische Abteilung der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie für das Jahr 1927 angestellt hat und die

nach dem 'Wochenblatt für Papierfabrikation', Nr. 24/1928, folgendermaßen aussehen: Von der gesamten Papiererzeugung im Jahre 1927 entfielen auf:

- 1. Papier für Verpackungen aller Art 32 %
2. Papier für Zeitungen 26 %
3. Papier für Zeitschriften, Bücher, Drucksachen, Bilder 20 %
4. Papier für Schreib- und Zeichenzwecke 14 %
5. Papier für verschiedene Zwecke 8 %

Aus dieser Zusammenstellung geht also klar hervor, daß 58 Prozent der deutschen Papiererzeugung auf Packpapiere und Zeitungsdruckpapier entfällt. Beide Artikel sind aber auf den Massenkonsum angewiesen, der wiederum von dem Einkommen der Arbeitnehmer abhängig ist. Aber auch die 20prozentige Erzeugung von Zeitschriften, Büchern und Drucksachen hängt für die ersten beiden Artikel ebenfalls wesentlich vom Einkommen der Arbeitnehmer und von der Stellung des Bildungsbedarfes der Arbeiterschaft ab. Somit beweisen

Der

unorganisierte Arbeiter, der neben dir im Betriebe tätig ist, mag ein lädelloser Mensch und ein 'netter Kerl' sein. Aber einen Fehler hat er ganz unbedingt, der nicht einmal so ganz leicht zu nehmen ist. So wie du, erhält auch der

unorganisierte

Arbeiter den Lohn, der in den Tarifen festgesetzt ist, die deine Organisation oft erst nach langen Verhandlungen oder gar nach erbitterten Kämpfen mit dem Arbeitgeber abschließen konnte. Dein unorganisierter Kollege genießt die Früchte fremder Arbeit, auch die deiner Arbeit. Das sollte aber kein ehrlicher

Arbeiter

sein. Es ist unehrenhaft, da zu ernten, wo man nicht gesät hat. Frage einmal deinen unorganisierten Kollegen, ob er nicht auch dieser Meinung ist. Er wird dir recht geben müssen, denn dein Verbandsbeitrag hilft ihm zu seinen Lohnaufbesserungen, obwohl er selbst kein Opfer bringt. Er muß also zugeben, daß er dich persönlich

schädigt

durch sein Fernbleiben von der Organisation, die mit den Mitteln ihrer Mitglieder die Lohnbewegungen durchführt. Fast immer wird es dir gelingen, den noch Fernstehenden zum Eintritt in den Verband zu bewegen. Laß

dich

nicht aus der Ruhe bringen. Heftigkeit nützt selten etwas in solchen Fragen. Mit ruhiger, sachlicher Darlegung erreichst du in den allermeisten Fällen viel eher dein Ziel. Und wenn es dir dann gelungen ist, deinem Verbandsmitglied zuzuführen, dann ist das nicht nur ein Erfolg für die Gewerkschaft, sondern auch für dich

persönlich.

also auch diese Verteilungszahlen, daß die wirtschaftliche Blüte der deutschen Papierindustrie schließlich sehr wesentlich auf den Einkommensverhältnissen der deutschen Arbeiterschaft beruht. Es ist deshalb zu wünschen, daß die deutschen Papiererzeugungsindustriellen auf dem Gebiete der Lohngestaltung in Zukunft nicht nur etwas mehr soziale, sondern gleichzeitig auch noch mehr wirtschaftliche Einsicht bekunden, zumal auch ihre Existenz von dem Wohlergehen der deutschen Arbeiterschaft wesentlich abhängt. Infolgedessen jagen die deutschen Papierarbeiter mit ihrer Forderung nach hohen Löhnen nicht den Hitz ab, auf dem sie sitzen, sondern umgekehrt, die Hungerlöhne der Papierarbeiter fressen an dem Wirtschaftssumme der deutschen Papiererzeugungsindustrie und der übrigen Gewerbebranche. G. Stähler.

Die Rentabilität der Papierfabrikation.

In der Sonderfestnummer 1928 des 'Wochenblattes für Papierfabrikation' stellt Direktor Heino Castorf unter der Überschrift: 'Was ist in 1927 (1926/27) beim Papiermachen verdient worden?' Betrachtungen über die Rentabilität der Papierfabrikation an. Er weist zunächst darauf hin, daß nur etwa der fünfte Teil der deutschen Papierfabrikation in der aktienrechtlichen Gesellschaftsform betrieben wird. Von diesen 'Gehängeweise' 80 Aktiengesellschaften seien wiederum nur 28 an der Börse eingeführt. Wir geben nachstehend die von Castorf ermittelten Ertriden der Gesellschaften wieder, deren Geschäftsjahr Ende Juni und Ende Dezember 1927 abgelaufen ist. Dabei haben wir uns erlaubt, zur besseren Übersicht seine Zusammenstellung etwas umzustellen:

Table with 4 columns: Jahr der Bilanz, Aktienkapital in 1000, Dividende in %, Dividende in Prozent. Rows list various companies and their financial data.

Gegenüber dem Vorjahre ist die Durchschnittsdividende dieser 52 Aktiengesellschaften um 0,7 Prozent gestiegen. Castorf selbst sagt zu dieser Durchschnittsdividende:

'Wenn man will, mag man die hiernach errechnete Durchschnittsziffer dieser 52 Gesellschaften von 8,5 Prozent Dividende als gut anprechen. Ob man sie, wie es häufig in den Zeitungen zu lesen war, also sehr günstig ansehen soll, das kommt auf den Maßstab an, den man für eine angemessene Industrierente anzulegen geneigt ist.'

Zweifellos geht aus dieser sehr gemündenen Beurteilung Castorfs hervor, daß die Dividende in der Papiererzeugungsindustrie nicht als ungünstig angesprochen werden kann. Von den 20 Gesellschaften, die keine Dividende verteilt haben, scheinen nur wenige einen Betriebsverlust erlitten zu haben, denn Castorf spricht von 'einigen, welche sogar Betriebsverlust auszuweisen hatten', während 'eine andere nicht geringe Anzahl' mit einem Gewinnüberschuß (salderen), ohne daß dieser zu einer Gewinnzuschüttung ausgereicht hätte.

Castorf weist dann weiter darauf hin, daß die arbeitstägliche Papiererzeugung im Jahre 1927 von 6500 Tonnen die des Vorjahres um etwa 22 Prozent übersteigt. Daraus ergibt sich, daß die Rationalisierungsmaßnahmen mindestens in den Aktiengesellschaften mit produktionssteigernder Wirkung immer mehr fortschreiten. Daß die Arbeiter nicht gewillt sind, auf ihren Anteil an der Rationalisierung zu verzichten, scheint auch Castorf einzuleuchten, denn er schreibt in seinem Artikel:

'Zunächst wird wohl das Übersteigen der Lohnforderungen ein beschleunigtes Tempo in der fortschreitenden Mechanisierung aller Arbeitsvorgänge und mit dem Entbehrlichwerden manueller Arbeitsleistung eine den amerikanischen Verhältnissen angepaßte Entwicklung zur Folge haben.'

Daß Castorf die Lohnforderungen der Arbeitnehmer als Antrieb zur Rationalisierung und nicht umgekehrt die fortschreitende Rationalisierung der Wirtschaft bei gleicher Hochhaltung und sogar Steigerung der Preise als Grund für die Lohnerhöhungen der Arbeiter ansieht, braucht uns bei seiner Einstellung nicht wunderzunehmen. Wundern würden wir uns dagegen, wenn Castorf nicht wieder die bekannte Schraube ohne Ende zitierte würde, nach der auf jede Lohn-erhöhung eine Preiserhöhung zu erfolgen hat. Wenn Castorf weiter den Arbeitnehmern durch erhöhte Löhne eine gehobene Lebensführung zugestehet, doch deren Begrenzung in der Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung findet, so sagt er uns auch damit nichts Neues. Jedenfalls werden die organisierten Papierarbeiter auch in Zukunft den gewerkschaftlichen Weg zur Verbesserung ihrer Lebenslage gehen und dabei auch wie bisher die wirtschaftlich ertragbare Grenze finden. G. Stähler.

Eine würdige Beurteilung der Papierfabrikanten.

Der ehemalige kaufmännische Direktor der Peniger Papierfabrik, Heino Castorf, faßt sich seit Jahren bemüht, anlässlich der jährlichen 'Papiermachertagungen' schwingvolle 'Begrüßungsreden' zu schreiben. Selbstverständlich geschieht dies auch in diesem Jahre wieder. In der Sonderfestnummer 1928 des 'Wochenblattes für Papierfabrikation' überschreibt Castorf seinen Willkommensgruß: 'Der 1928er Konstanzer Papierer-Wanderfahrt zum Gruß'. Ebenso poetisch wie die Überschrift ist natürlich auch der Inhalt dieses Grußes. Daß Castorf dabei seinen eigenen Glaubensgenossen vom Papierfach, vielleicht ganz ungewollt, auch manches Mal etwas derb die Wahrheit sagt, sei anerkannterweise festzustellen. Uns interessiert aus dem diesmaligen Gruß besonders folgende Stelle:

Bei der feilschenden beruflichen Verschlossenheit der alten Papiermeister war jeder einzelne immer nur besorgt, seine erworbenen oder ererbten Knusfrüchte, seine Fachgeheimnisse und Absatzwege selbst gegen verspottete und befreundete Genossen angestrichelt zu halten und überdies in seinem Betriebe jeglicher Anpassung selbst an dringende Zeitbedürfnisse ein schwer besiegliches Mißtrauen entgegenzusetzen. Respektlose Schein- haben deshalb das Attribut des Evangelisten Lukas im Papiermachermantel, den breit gestirnten Ochsenkopf, schon als Symbol einer solchen Dickköpfigkeit ausdeuten wollen, dabei der leisen Vermutung Raum lassend, dieses anscheinend unverwundliche Erbgut aus der Altväterzeit sei auch den Epigonen mit ihrem gelegentlichen Abplitterungsbedürfnis noch nicht ganz abhanden gekommen.'

Wir haben selbstverständlich dieser Beurteilung der Papierfabrikanten durch Castorf nichts hinzuzufügen, da wir annehmen, daß er seine Berufskollegen aus dem Unternehmerstande sicherlich noch besser kennt als wir. G. Stähler.

Niederschrift

über die Eignung des Tarifamtes der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie am 20. Juni 1928 in Berlin.

Anwesend sind:

- 1. als Arbeitgebervertreter die Herren: Endler, Fischer, Dr. Leopold;
2. als Arbeitnehmervertreter die Herren: Graf, Lins, Stähler.
Vorsth. turnusgemäß: Herr Dr. Leopold.
Schriftführer, turnusgemäß: Herr Graf.

Antrag des Fabrikarbeiterverbandes Dresden betr. Streitfall bei der Firma C. F. Leonhard-Crohn wegen Kündigung der Leute in der Kalkschachtel- und Druckerei zwecks Anerkennung des Tarifvertrages für die Kartonnagen-Industrie.

Für die Arbeitgeberseite erschienen die Herren Häber und Dr. Schuchart; für die Arbeitnehmerseite die Herren Häber und Krenz. Die Parteien sind mit der Besetzung des Tarifamtes 3:3 einverstanden. Es wird zur Sache verhandelt. Wegen Stimmengleichheit kommt ein Spruch nicht zustande.

Antrag des Fabrikarbeiterverbandes Dresden auf Regelung der Akkordlöhne für die Holzschäler bei der Firma Brandt & Gürtel in Plattenthal.

Für die Arbeitgeberseite erschienen die Herren Diamant, Doff und Dr. Schuchart; für die Arbeitnehmerseite die Herren Häber und Krenz. Die Parteien sind mit der Besetzung des Tarifamtes 3:3 einverstanden. Es wird zur Sache verhandelt.

Der Antrag des Fabrikarbeiterverbandes lautet: 'Das Tarifamt möge entscheiden, daß die Akkordlöhne im genannten Falle um 10 Prozent erhöht werden.'

Herr Dr. Schuchart erklärt, daß er das Tarifamt nicht für bezugt hält, eine derartige Entscheidung zu treffen.

Wegen Stimmengleichheit kam das Tarifamt zu keiner Entscheidung. Die Arbeitnehmervertreter halten die vorstehende Aufstellung des Herrn Dr. Schuchart für unrichtig; die Arbeitgebervertreterpflichten ihr bei. Sie halten die Zuständigkeit der tarif-

den Schlichtungsinstanzen nur dann für gegeben, wenn es sich um Streitfälle handelt, ob der Bestimmung des § 13, Abs. 2 GZB. Rechnung getragen ist.

III.

Antrag des Fabrikarbeiterverbandes Dresden auf Festlegung der Geschäftsordnung für den [sch.] Schiedsausssch. (Richt für das Zusammen-treten des Schiedsausssch.).

Für die Arbeitgeberseite erschienen die Herren Diamant und Dr. Schuchhart; für die Arbeitnehmersseite die Herren Häppner, Krone, Jander, Zimmermann.

Die Parteien sind mit der Befugung des Tarifamts 3:3 ein- verstanden.

Es wird zur Sache verhandelt. Die Parteien erklären übereinstimmend, daß sie sich einem etwaigen Spruch des Tarifamts in diesem Streitfalle von vorn- herein unterwerfen.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch: Die Geschäftsordnung für den Bezirk Sachsen erhält in § 2 folgende Fassung:

- 1. Der Schiedsausssch. tagt nach Bedürfnis. Seine Ein- berufung kann erst erfolgen, nachdem die Bestimmungen des § 15, Abs. 2 GZB erfüllt sind.
2. Wird er von einer der Tarifvertragsparteien angerufen, so tritt er in der Regel innerhalb einer Frist von zwei Wochen zu- sammen, falls beide Tarifvertragsparteien nicht einen späteren Zu- sammentreff vereinbaren.
3. Die Einberufung des Schiedsaussschusses erfolgt durch die Geschäftsstelle mit einer Ladefrist von einer Woche, die in dringenden Fällen bis auf 48 Stunden (gerechnet vom Eingang bei den Beteiligten bis zur Sitzung) abgekürzt werden kann.
4. Der Ladung ist eine Ausfertigung der auf der Tagesordnung stehenden Anträge beizufügen.
5. Ist ein Mitglied des Schiedsaussschusses verhindert, an der Sitzung teilzunehmen, so hat es unverzüglich die Geschäftsstelle hiervon in Kenntnis zu setzen, damit rechtzeitig ein Ersatzmann ge- laden werden kann.
Die Parteien verzichten auf schriftliche Begründung des Schiedspruches.

Nahrungsmittel-Industrie

Die Nahrungsmittelindustrie im Fabrikarbeiterverband.

Das diesjährige Verbandsparlament tagt in einer Zahl- stelle, in der die Nahrungsmittelindustrie einen erheblichen Teil unserer Organisation darstellt. Nehmen wir den erwei- ferten Bezirk oder den Gau 15, dann kommen im Gebiet des Gaus 16-17 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage, die in der Nahrungsmittelindustrie beschäftigt sind. Ähnlich liegt es am Niederrhein und in einigen anderen Bezirken bzw. Orten. Die Wasserkante war schon bei Gründung unserer Organisation stark vertreten; auch die Nahrungsmittelarbeiter in diesem Bezirk standen schon damals mit im Vordergrund. Wie hat sich nun unsere Nahrungsmittelgruppe innerhalb unserer Organisation weiter entwickelt?

Die größten Industriegruppen sind die Zuckerindustrie, Konservenindustrie, Öl- und Margarineindustrie, Fischkonservenindustrie, und von nicht solch erheblicher Bedeutung die Kaffeeerfabrikindustrie, Stärkeindustrie sowie die übrigen Nahrungsmittelbetriebe. In der Zuckerindustrie war bei Gründung unserer Organisation von einem organisa- torischen Einfluß noch nichts zu spüren. Meist auf dem Lande gelegen, setzte sich die Arbeiterchaft aus Leuten zusammen, denen der Organisationsgedanke fremd war. Dazu kommt, daß die Zuckerindustrie in erster Linie von der Landwirtschaft beherrscht wird. Ähnlich lagen die Verhältnisse in der Kon- servenindustrie. Wohl hatten wir in dieser in dem Hauptorte Braunschweig schon vor 1913 einen Tarifvertrag. Auch die Organisation war hier leidlich ausgebaut. In den übrigen Konservenbezirken war es aber schlecht bestellt. Das Jahr 1918/19 brachte eine Wendung. Der Organisationsgedanke setzte sich auch in dem entlegensten Dorfe durch, und so konnten wir in der Zucker- und Konservenindustrie Organi- sationszahlen von 85 bis 90 Prozent erreichen. Annehmbarer Tarif- und Lohnverhältnisse wurden durch Reichsvertrag in diesen Gruppen geschaffen usw.

Einen größeren Einfluß hatten wir indessen schon vor über 25 Jahren in der Öl- und Margarineindustrie an der Wasser- kante, und in einigen anderen Orten. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgte hier zum Teil schon unter unserer Mitwirkung. Andere Gebiete sind neu ge- wonnen. Heute haben wir in beiden Gruppen einen Reichs- tarifvertrag, der nicht zu den schlechtesten Tarifverträgen zählt. Auch in der Fischindustrie, deren Schwerpunkt ebenfalls im Gau 15 liegt, waren schon früher Organisationsansätze in den Hauptfischgebieten zu verzeichnen. Die übrigen Gebiete sind später herangeholt worden. Ähnlich sieht es in den übrigen Gruppen aus. Es kann also gesagt werden, daß der Einfluß unserer Organisation in den Nahrungsmittelgruppen, die noch heute zu uns zählen, sehr früh eingeseht hat. Ein Teil der Kollegen, die den Fabrikarbeiterverband gründeten, gehörten zu der Nahrungsmittelindustrie.

Die Agitationsarbeit ist in einem Teil unserer Nahrungs- mittelgruppen besonders schwierig. Die Fabriken liegen zum Teil auf dem flachen Lande, wie z. B. die Zucker- und Stärke- industrie. Außerdem handelt es sich um Saisonbetriebe. Die Konserven- und die Fischkonservenindustrie zählen ebenfalls zu den Saisonindustrien. Da gilt es, einen feinen Boden zu bearbeiten. Zur Haupt- betriebszeit strömen eine Menge Leute neu in die Betriebe hinein. Da ist mit der Agitation einzusetzen. Sind die Be- triebe leidlich durchorganisiert, dann geht die Kampagne zu Ende. Der größte Teil der Arbeitskräfte verläßt die Betriebe. Ein erheblicher Teil ist ortsfremd und wandert ab. Damit geht die Verbindung mit der Organisation für viele wieder verloren. Wenn wir trotz dieser ungünstigen Umstände Organisationserfolge erzielen konnten, wie sie ein- leitend erwähnt sind, dann ist bewiesen, daß hier Pionier- arbeit im wirklichen Sinne des Wortes geleistet worden ist.

Zählen wir die in unseren Nahrungsmittelgruppen beschäf- tigten Kolleginnen und Kollegen zusammen, dann erhalten wir ungefähr folgendes Bild: Die Zuckerindustrie einschließlich Raffinerien beschäftigt in der stillen Zeit ca. 30 000 Arbeiter, in der Kampagne ungefähr 85 000. Die Konservenindustrie dürfte in der stillen Zeit 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, in der Hauptbetriebszeit 16 000 bis 17 000. In der Margarine- und Ölindustrie dürften gegenwärtig rund 21 000 Beschäftigte vorhanden sein. Rechnen wir dazu die

Fischindustrie, Kaffeeerfabrikindustrie sowie die übrigen von uns vertretenen Nahrungsmittelgruppen, dann beträgt die Anzahl der ständig Beschäftigten ungefähr 75 000, und zur Kampagnezeit ungefähr 135 000 bis 140 000.

Wie schon einleitend bemerkt, war das Organisations- verhältnis in einem erheblichen Teil dieser Gruppen in der Vorkriegszeit noch schlecht. Durch mühselige Arbeit er- reichten wir ein gutes Organisationsverhältnis. Durch die Inflation und ihre Auswirkungen ging es auch in diesen Gruppen wie überall etwas zurück. Immerhin behielten wir in den meisten Gruppen eine leidliche Mitgliederzahl. Mit der Konsolidierung auf allen Gebieten ist auch die Organi- sation wieder gestiegen, so daß wir heute im Durchschnitt aller Nahrungsmittelgruppen einen Organisationsstand von 50 Prozent der ständig Beschäftigten überschritten haben. Dazu kommen die von den Handwerker-Organisationen er- faßten Beschäftigten, sowie die in den christlichen und Hirsch- Dünkerschen Organisationen. Wir verfügen in unserer Nahrungsmittelindustrie also wieder über eine Organisation, die in manchen Industriezweigen nicht vorhanden ist, obwohl wir nicht nur mit den Schwierigkeiten der Inflation, sondern auch mit einer Reihe anderer Hemmnisse zu rechnen hatten. Die Zuckerindustrie stand 1919 mit ihrer Produktion unge- fähr auf 30 Prozent der Friedensproduktion. Die weitere Entwicklung brachte schwere wirtschaftliche Auseinander- setzungen. Ähnlich stand es mit der Öl- und Margarine- industrie, die in ihrem Rohstoffbezug ausschließlich auf das Ausland angewiesen sind. In keinem Industriezweig ist so stark rationalisiert wie in der Margarineindustrie. Die Pro- duktion ist heute doppelt so hoch wie in der Vorkriegszeit und die Zahl der Arbeiter ist kaum um den gleichen Prozentsatz gestiegen, um den die Arbeitszeit verkürzt ist. Alle diese Dinge wirkten sich bei Lohn- und Tarifverhandlungen sehr zu unserem Nachteil aus. Trotzdem haben wir in der Öl- und Margarineindustrie auch in den schlimmsten Zeiten den Achtstundentag aufrechterhalten können. Die Verschlech- terung des Organisationsverhältnisses brachte uns wie überall tarifliche Mißfolge. Diese sind aber inzwischen auf Grund des besseren Organisationsverhältnisses zum größten Teile wieder wettgemacht.

So haben unsere Nahrungsmittelarbeiter keine Ursache, besonders mißmutig der weiteren Entwicklung entgegenzu- sehen. Nicht alle Wünsche konnten immer erfüllt werden. Stellen wir aber die Vorkriegslohne, namentlich derjenigen Gruppen, die in der Vorkriegszeit schlecht oder gar nicht or- ganisiert waren, den heutigen Löhnen gegenüber, dann können gerade diese Gruppen am besten den Vorteil einer guten Organisation abschätzen. Als Gewerkschafter sind wir ge- wohnt, uns einen nüchternen Blick für die Wirklichkeit zu bewahren. Wir wissen, daß die Gewerkschaftsarbeit nur dann dauernden Erfolg haben kann, wenn die betreffende Gruppe über ein gutes Organisationsverhältnis verfügt. In diesem Sinne wird unsere Organisation die Interessen unserer Nahrungsmittelgruppen auch künftig mit der nötigen Energie vertreten. Unsere Kolleginnen und Kollegen der Nahrungs- mittelindustrie aber mögen für ein geschlossenes Organi- sationsverhältnis in ihren Gruppen sorgen, denn die Stärke der Organisation ist in erster Linie ausschlaggebend für den Erfolg.

Zur Rationalisierung in der Konservenindustrie.

Rationalisieren heißt nicht nur, den Betrieb technisch um- stellen, sondern auch die Produktion richtig verteilen. In dieser Richtung kann in der Obstkonservenindustrie in nächster Zeit eine bedeutende Umstellung eintreten. Wir haben schon vor einiger Zeit darauf verwiesen, daß die Möglichkeit be- steht, Früchte und Gemüse kalt zu konservieren. Herr Doktor Serger behandelt nun die Frage der Kalkkonservierung in der „Konservenindustrie“ in einem längeren Aufsatz. Nach Dr. S. kann man sowohl harte als auch weiche Früchte roh konservieren. Als Behälter hierzu können Fässer aus Laub- holz, aber auch Bassins aus Mauerwerk mit Zement- verkleidung genommen werden. Man kann dazu z. B. ganze Kellerräume herrichten. Da die Kalkkonservierung mittels einer bestimmten Säurelösung geschieht, gegen die die Zement- schicht, womit die Behälter ausgeputzt sein sollen, nicht unbeding- t fest ist, hat man auch ein Mittel erfunden, womit man die Wände säurefest macht.

Die harten Früchte z. B. Äpfel, Zwetschen, Aprikosen, Kirchen usw. können vollständig unvorbereitet, also unge- waschen, in einer Lösung, hergestellt aus einer 2 1/2-prozentigen schwefligen Säure eingelegt werden. Sie können dann lange lagern, um jederzeit zu Kompotten, Marmeladen, Konfitüren usw. verarbeitet zu werden. Nachdem die Früchte der Lösung entnommen sind, werden sie gründlich gewaschen und genau so verarbeitet wie frische Früchte. Die Rohkonservierung be- stimmt Weichfruchtsorten z. B. Erdbeeren, Himbeeren, Johannisbeeren usw. geschieht auf gleiche Art, nur daß diese Früchte vorher gewaschen und entsprechend vorbereitet werden. Qualität und Geschmack werden durch die Vor- konservierung nicht beeinträchtigt. Was bedeutet dieser Fort- schritt für die obstverarbeitende Industrie?

Bisher mußte das Obst, soweit es für Kompotte usw. bestimmt war, sofort frisch verarbeitet werden. War es für Marmelade bestimmt, dann wurde es zunächst zu Pulp oder Obstmark, also zu einem gewissen Halbfabrikat verarbeitet. Es wurde dann in halbfertigem Zustande gelagert und dann jeweilig zu Fertigware verarbeitet. Durch die Rohkonser- vierung ist es möglich, große Obstmengen hereinzunehmen und zunächst in Behältern einzulagern, ohne sie irgendwie zu be- handeln. In der Hauptbetriebszeit braucht nun die Obst- konservenindustrie eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen, um das Obst sofort verarbeiten zu können. Das würde künftig wegfallen. Das Obst kann, nachdem es zunächst haltbar gemacht ist, je nach Bedarf im Laufe des ganzen Jahres verarbeitet werden. Das bedeutet also, daß die Obst- konservenindustrie sich immer mehr zu einer ständig arbeitenden Industrie umstellen wird. Dieses hat nicht nur zur Folge, daß in der Hauptbetriebszeit nicht mit großen Arbeitermengen zu rechnen ist, auch die Betriebseinrichtungen

brauchen bei weitem nicht den Umfang haben, den sie heute infolge der verhältnismäßig kurzen Hauptbetriebszeit haben müssen, um die großen Obstmengen gleich bei ihrer Ein- lieferung verarbeiten zu können.

Maschinen, Apparate und sonstige technische Einrichtungen werden in geringerem Umfange benötigt, dafür können die wenigen Apparate technisch vervollkommenet werden. So ist die Kalkkonservierung geeignet, die obstverarbeitende Industrie von einer Saisonindustrie zu einer ständigen Betriebsart um- zustellen. Das wird sich nicht von heute auf morgen aus- wirken. Es wird noch eine Zeitlang dauern, ehe diese neue Arbeitsmethode ganz durchgeführt ist. Die Konservenarbeiter und -arbeiterinnen tun aber gut daran, wenn sie mit diesem Umstellungsprozeß rechnen. Eine Arbeitsverminderung würde dieser Prozeß an sich nicht bringen, wohl aber eine andere Ver- teilung der Arbeit. Was sich heute in der Saison zusammen- drängt, kann auf das ganze Jahr verteilt werden. Damit fallen aber auch die Gründe, die von der Konservenindustrie für eine längere Arbeitszeit während der Hauptbetriebszeit geltend gemacht werden, fort, denn es muß ja das Obst nicht mehr zur Erntezeit verarbeitet werden. Damit wurde aber gerade die längere Arbeitszeit immer begründet. Die Arbeiter- schaft braucht diesen Entwicklungsprozeß nicht zu bedauern. Es gilt aber auch hier, auf dem Boden der neuen zu sein, damit die Arbeitszeit diesem Entwicklungsprozeß angepaßt wird. E. S.

Konferenz der Arbeiterschaft der rübenverarbeitenden Industrie Mitteldeutschlands.

Die am 17. Juni in Cöthen tagende Konferenz der Bezirke Magdeburg, Anhalt, Halle und Thüringen war sehr gut besucht. Der Gauleiter Kollege Lohki erstattete den Bericht über die Lohn- und Manteltarifverhandlungen. Zunächst behandelte er die bisherige Entwicklung der Arbeitszeit und der Lohnfragen. Er legte dar, daß die Arbeitgeber stets versuchen, die früheren Zustände wieder herbeizuführen. Die Abtrennung des Bezirks Halberstadt zeigt, wohin der Weg gehen soll. Die jetzt erfolgte Lohnregelung ist nicht befriedigend; stets ist es nur möglich, mit Hilfe der Schlichtungs- instanzen zu einem Abschluß zu kommen. Allerdings Verträge der Arbeitgeber, den Achtstundentag zu umgehen, fanden leider nicht immer den notwendigen Widerstand bei den Kollegen. Wir müssen alles daransetzen, wieder zum Drei-Schichtensystem in allen Betrieben zu kommen. Dann erläuterte der Kollege Lohki den Schiedspruch zum Manteltarif. Nach diesem bestehen noch allerlei Möglichkeiten, das Drei-Schichtensystem abzuwehren. Auch die Regelung der Bezahlung der Mehrarbeit läßt zu wünschen übrig. Er empfahl, den gedruckten vorliegenden Schiedspruch an Hand der gegebenen Erläuterungen eingehend zu prüfen. Die sehr rege Aussprache zeigte, daß in vielen Betrieben in der Kampagne unbeschränkte Arbeitszeit gefordert wird, während man sofort nach Schluß derselben oft Kurzarbeit einführt. Der in der Kampagne erzielte Mehrverdienst geht hierdurch wieder verloren. Alle Redner sprachen für Ablehnung des Schiedspruchs. Nachfolgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

Die am 17. Juni in Cöthen tagende Konferenz der Zucker- fabrikarbeiter der Bezirke Magdeburg, Halle und Thüringen entnimmt aus dem Bericht des Kollegen Lohki über die Neu- gestaltung des Mantelvertrages, daß die Arbeitgeber der rüben- verarbeitenden Zuckerindustrie glauben, den bescheidenen Wünschen der Arbeiterschaft nicht Rechnung tragen zu müssen. Die Konferenz nimmt mit Besremden davon Kenntnis, daß selbst der Schlichter sich nicht auf den Boden des Arbeitszeitnotgesetzes stellen will. Entgegen der Einstellung der Arbeitgeber und des Schlichters steht die Konferenz auf dem Standpunkt, daß die bescheidenen Forde- rungen zum Rahmenvertrag sehr wohl fragbar sind.

Die Delegierten der rübenverarbeitenden Zuckerfabriken sehen sich daher veranlaßt, den völlig unbefriedigenden Schiedspruch als unannehmbar abzulehnen. Die Verhandlung wird gleichzeitig beauftragt, alles Weitere im Interesse der Durchführung der Forderungen der Arbeiterschaft zu veranlassen.

Anschließend wurden noch organisatorische Fragen erörtert. Der Verkauf und die Einstellung der Konferenz zeigte, daß bei der Arbeiterschaft der Wille vorhanden ist, mitzuhelfen an der Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Verben für die Organi- sation. Mit der Zeit wird in allen Betrieben die Erkenntnis sich durchsetzen, daß die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit steigen des Einkommens und Sinken der Unfallziffern und Krank- heiten bedeutet.

verschiedene Industrien

Die Heimarbeitsgesetzgebung im In- und Auslande.

IV. Tschechoslowakei: Ein Gesetz über die Regelung der Löhne sowie der übrigen Arbeitsbedingungen für Heim- arbeiter wurde am 12. Dezember 1919 angenommen. Das Gesetz fußt auf einem Entwurf der Heimarbeitsgesetzgebung Österreichs. Das tschechische Parlament hat diesen Entwurf nahezu unverändert angenommen. Es gelten somit für die Tschechoslowakei in bezug auf den Heimarbeiterchutz dieselben Bestimmungen wie in Österreich.

Südafrikanischer Staatenbund: Ein Gesetz über die Festsetzung von Löhnen und anderen Arbeits- bedingungen wurde am 25. Juli 1925 angenommen. Das Gesetz umfaßt alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber sämtlicher Gewerbe. Ausgenommen sind die Beschäftigten in der Landwirtschaft, Gartenbau, Viehzucht, Forstwirtschaft usw. Es besteht ein Zentral-Lohnausssch. mit Unterausschüssen für die einzelnen Gewerbe. Die Unterausschüsse haben dem mit der Durchführung des Gesetzes beauftragten Minister für die einzelnen Gewerbe Mindestlöhne vorzuschlagen. Der Minister setzt die vorgeschlagenen Mindestlöhne fest. Das Gesetz hat Geltung für Arbeiter beiderlei Geschlechts. Verstöße werden durch Geldstrafen geahndet.

Vereinigte Staaten: Von 1912 bis Ende 1923 wurden in 17 Staaten Gesetze über Mindestlöhne geschaffen. Die Gesetze beziehen sich auf alle Gewerbe. In vier Staaten nehmen sie nur Bezug auf Frauen und Mädchen. In den übrigen Staaten gelten die Gesetze sowohl für Arbeiterinnen wie für minderjährige Arbeiter. Die volljährigen Arbeiter sind aus der Gesetzgebung für Mindestlohn ausgenommen. In einigen Staaten erfolgt die Festsetzung von Mindest- löhnen durch ein formelles Gesetz. Dort ist seit 1923 ein Mindestlohn von 12 Dollar in der Woche vorgeschrieben. In den übrigen Staaten sind zur Berechnung der Mindestlöhne die Kosten des Lebensbedarfs maßgebend. Die Festsetzung von Mindestlöhnen erfolgt teils durch die Gesetzgebung, teils durch die Zentral-Lohnämter. Die Zentral-Lohnämter werden beraten durch Fachausssch. oder Fachtagungen. Die Ent-

Scheidung des Zentral-Lohnamtes bei Festsetzung von Mindestlöhnen ist in der Regel endgültig.

Als Sühne für Verstöße gegen das Gesetz und die Beschlüsse des Zentral-Lohnamtes sind Geldstrafen vorgesehen.

1923 hat der oberste Gerichtshof das Mindestlohngesetz des Gebietes von Kolumbien und 1925 das des Staates Arizona für verfassungswidrig erklärt.

Kanada: Das Gesetz über die Einführung von Mindestlöhnen in sieben kanadischen Provinzen gleicht im wesentlichen der Gesetzgebung der Vereinigten Staaten.

Mexiko: Das mexikanische Parlament hat den Grundsatze der Mindestlöhne 1927 in seiner Bundesverfassung anerkannt. Mindestlöhne sollen für alle Arbeiter beiderlei Geschlechts festgesetzt werden können.

Sonstige Länder: Neben den vorstehend aufgeführten Gesetzen über Mindestlöhne haben noch solche die Staaten Ungarn und Uruguay verabschiedet, jedoch nur für die landwirtschaftlichen Arbeiter.

Der Umfang der Gesetzgebung im Auslande über Mindestlöhne und Heimarbeiterchutz zeigt uns, daß der Gedanke über bessere Entlohnung und mehr Schutz für die Heimarbeiter in einer Reihe bedeutender Auslandsstaaten Eingang gefunden hat.

Am 14. Juni d. J. hat die Internationale Arbeitskonferenz in Genf mit 31 Stimmen gegen sieben bis acht Enthaltungen betr. Minimallohne sich auf ein Kompromiß geeinigt, aus welchem zu entnehmen ist:

Den einzelnen Regierungen wird die Freiheit belassen, die Ausdehnung der Minimallohnfestsetzung zu bestimmen. Arbeiter und Unternehmer sind gleichberechtigt bei der Festsetzung der Minimallohne heranzuziehen.

Wenn dieses Kompromiß auch nicht befriedigt, so kann doch gesagt werden, daß die Internationale Arbeitskonferenz in der Mindestlohnfestsetzung für die Heimarbeiter einen Schritt weiter vorwärts gekommen ist.

Verdienstmöglichkeit der Heimarbeiter in der Spielwaren- und Christbaum schmuckindustrie.

Der Typ der Heimarbeiter in der Spielwaren- und Christbaum schmuckindustrie weicht von dem allgemein bekannten Heimarbeiter ab, indem er die zu seiner Tätigkeit notwendigen Rohstoffe teilweise oder ganz selbst beschaffen muß.

Heute ist in den genannten Industrien die Arbeitssteigerung bis ins Kleinste durchgeführt. Ein Beispiel als Beweis: Zur Herstellung einer Doppelgelenknappe müssen eine Reihe Spezialarbeiter tätig werden, wie Drücker, Holzdreher, Pappstanzler, Angeneinsetzer, Friseur, Maler, Anstreicher, Schuhmacher, Gestellmacher, Tischneider, Näherin usw.

Durch drei Gesichtspunkte wird die niedrig zu nennende Verdienstmöglichkeit in der Spielwaren-, insbesondere aber in der Christbaum schmuckindustrie, festgelegt: 1. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 70 und mehr Stunden.

Die vorstehend aufgeführten drei Gesichtspunkte finden ihre Erklärung in Zusammenhängen über die wöchentlichen Einnahmen und Ausgaben von Heimarbeiterfamilien, die gezwungen sind, die Rohstoffe selbst zu beschaffen.

Wocheneinnahme und -ausgabe eines Christbaum schmuckmachers, der mit seiner Frau und fünf weiteren Familienangehörigen arbeitet.

Table with columns: Dgh., Artikel, Preis à Dgh., Insgesamt, Ausgabe, Art der Ausgaben, Insgesamt. It lists expenses for 700 5er Ruge, glass, gas, and other household items.

Nach vorstehender Aufstellung zu schließen, bleibt nach Abzug der Ausgaben für Rohstoffe usw. 117,15 RM. für Lohnanteil der gesamten Christbaum schmuckmacher-Familie übrig.

Die Familie verdient aber nur insgesamt 117,15 RM. Die Differenz zwischen 301,75 und 117,15 RM. von 184,60 Reichsmark ist als Lohndruck festzustellen.

Vorstehendes Beispiel kann beliebig vermehrt werden. Dabei wollen wir erwähnen, daß nicht die niedrigsten Löhne aufgezeigt werden. Aber die Auswirkungen einer solchen Entlohnung auf das Familienleben braucht kein Wort geschrieben zu werden.

Zur Verteidigung des festgestellten Lohndruckes in der Südhäufiger Hausindustrie wird von Unternehmerseite sinngemäß folgender Standpunkt vertreten: Wir schließen keinen Lohn- und auch keinen Werkvertrag mit den in der Hausindustrie beschäftigten Personen ab.

Daß eine solche Auffassung nur stramm bürgerlich-kapitalistischer Ideologie entspringen kann, darüber besteht kein Zweifel, und deshalb ist sie auch, angewandt auf die Realität, falsch. Wie ist es denn in Wirklichkeit?

Es ist oben festgestellt, daß jeder Preisdruck auf Kosten des Lohnes der in der Hausindustrie beschäftigten Personen geht. Damit ist die Auffassung der Unternehmer, sie tätigen nur ein Kaufgeschäft, widerlegt.

Was die Unternehmensehe will, ist weiter nichts, als den größten Teil der Hausarbeitergruppen der staatlichen Schlichtungstätigkeit zu entziehen. Den erkorenen Ausbentungsobjekten soll kein Schutz zuteil werden.

Steinach i. Th. Den Hausarbeitern zur Beachtung, den Arbeitgebern zum Nachdenken. Die Arbeitsgerichte Sonneberg und Saalfeld mußten sich in den letzten Monaten mehrfach mit Lohnklagen beschäftigen.

Steinach i. Th. Den Hausarbeitern zur Beachtung, den Arbeitgebern zum Nachdenken. Die Arbeitsgerichte Sonneberg und Saalfeld mußten sich in den letzten Monaten mehrfach mit Lohnklagen beschäftigen.

Steinach i. Th. Den Hausarbeitern zur Beachtung, den Arbeitgebern zum Nachdenken. Die Arbeitsgerichte Sonneberg und Saalfeld mußten sich in den letzten Monaten mehrfach mit Lohnklagen beschäftigen.

Negenden Postabschnitt heute bezahlt wurde. Ich bitte sofort zu veranlassen, damit die Beschlüsse nicht erst nach Sonneberg müssen und unnötige Kosten erspart bleiben.

Postabschnitt erbitte ich zurück. Hochachtungsvoll gez. Max Ulbrich.

Die Firma Albert Ehrhardt in Cursdorf-Sigendorf zahlte an ihre Heimarbeiter im November 1925 weit weniger aus, als den vom Fachauschuß für die Glashausindustrie festgelegten Stundenlohn.

Heimarbeiter! Lernt aus diesen beiden Beispielen und verlangt restlos eure von den Fachauschüssen festgelegten Tariflöhne. Kein Arbeitgeber hat das Recht, euch untertariflich zu entlohnen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Döbeln. Die Rohweiner Kommunisten auf dem Kriegspfad gegen den Fabrikarbeiterverband. Unter einer Doppelschlagzeile: Wenn du auf deine Rechte verzichtest, kannst du Mitglied des Verbandes bleiben!

Weil einem solchen Kommunisten Richter in Rohwein wegen seiner verbandsschädigenden Tätigkeit der Ausschluss drohte, werfen die Arbeiter im „Kämpfer“ mit den größten Schimpfworten um sich.

Selmstedt. Nachzahlung an die Kaliarbeiter der Gewerkschaft Wurbach. Die beim Kalischiedsgericht anhängige Klage wegen der sozialen Zulagen haben wir zurücknehmen müssen, da sich in der Verhandlung herausstellte, daß die Kollegen bei ihrem Abgang eine Quittung geleistet haben.

Die Bezahlung der weiter strittigen Schicht ist zugestanden und kann von der Werkkasse der Gewerkschaft Wurbach in Morsleben in Empfang genommen werden.

Röln. Am 19. Juni tagte die Generalversammlung. Herrwig teilt mit, daß für das 1. Quartal 1928 eine Mitgliederzunahme von 400 zu verzeichnen sei. Die Tarifstundenlöhne sind um 5 bis 7% erhöht worden.

Literarisches.

25 Jahre Arbeiter-Abstinenzbewegung. Der Deutsche Arbeiter-Abstinenzbund hat aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens eine Zeitschrift „Unser Weg und Ziel“, 32 S., 40 Pf. herausgegeben.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesunde Lebensführung des berufsständigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. V., Berlin-Chalottenburg, Berliner Straße 137.